

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Post vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Romero Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Iwerband Bochum.

Mehr Internationale!

In der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ haben wir die Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) veröffentlicht, die einer Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dienen sollen. Die aufgestellten Forderungen fallen auf durch eine nüchterne, so man kann sagen: bescheidene Sachlichkeit. Sie entbehren jeglicher Agitations- und Sensationsmache. Darin aber liegt vielleicht gerade ihr besonderer Wert. Vielleicht hätte der eine oder andere Arbeiter es begriffen, wenn in den Forderungen etwas mehr Schwung, mehr (sozialistische) Zukunftsprophetie zum Ausdruck gekommen wäre. Aber das hätte den eigentlichen Sinn, den besonderen Zweck derselben nur verwischen können. In diesen Richtlinien sollte ja gerade das Sachliche, Nüchterne und damit das einfach Selbstverständliche für unsere Zeit herausgestellt werden. Es sind deshalb auch nicht „neue“ Forderungen, die hier erhoben wurden, sondern es ist nur die Zusammenfassung all der in der bisherigen allgemeinen Wirtschaftsdiskussion aufgeworfenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten erfolgt, die einer befriedigenden Neuordnung des europäischen Wirtschaftslebens dienen können. Der Wert der Veröffentlichung der Richtlinien liegt also weniger in den aufgestellten Punkten selbst, als in dem Bekenntnis des IGB. zu diesen Forderungen, was bei der Bedeutung, die dem IGB. im Leben der europäischen Wirtschaftsgesellschaft zukommt, der praktischen Verwirklichung derselben äußerst dienlich sein muß.

Und die praktische Verwirklichung, das ist es gerade, was bei der Aufstellung dieser Richtlinien ausschlaggebendes Motiv war. Es sind eben Forderungen aus der Praxis und für die Praxis. Und es ist eine geschichtliche Tat, was der IGB. mit der Erfüllung seiner Richtlinien erstrebt! Es ist Wegbereitung zu einem neuen europäischen Menschentum. Unsere Zeit ist hierzu reif, dafür sprechen alle beobachtbaren Anzeichen. Und es ist — im Interesse der Sache — ein glückliches Zusammentreffen dieser Veröffentlichung des IGB. mit der Rundgebung der Internationalen Handelskammer zur Förderung eines internationalen Handlungsausgleichs auf dem Boden eines wirtschafts-gemeinten Europas einerseits und dem Bekanntwerden des Briand'schen Planes: Vorlegung eines konkreten Vorschlags zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, andererseits. Das sind drei gewichtige Pole, auf dem zum guten Teil die ausschlaggebende Meinung über das notwendige und zweckmäßigste Organisationswerden der europäischen Wirtschaftsgesellschaft beruht:

1. die Vertretung der international organisierten Arbeiterschaft;
2. die international-private Organisation der freien Wirtschaft der ganzen Welt;
3. der offizielle Vertreter einer der entscheidenden Regierungen Europas.

Liegt im zeitlichen Zusammenklang dieser gewichtigen Stimmen nur Zufall, oder können wir darin nicht vielleicht gerade den besten Beweis erblicken für den fortgeschrittenen Reifegrad eines neuen europäischen Weltens? Wir glauben das letztere. Und wir hoffen, daß gerade die internationale Arbeiterklasse die Bedeutung dieser Stunde erkennt und ihre nationale Macht und ihren Einfluß rückhaltlos geltend macht, um den Richtlinien des IGB. zum vollen Erfolg zu verhelfen. Es wird immer offensichtlicher, daß das national wirtschaftliche und soziale Vorwärtsschreiten wesentlich abhängig ist und bedingt wird vom internationalen Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft. Darum müssen wir zu konkreten Formbildungen kommen, damit alles Trennende im internationalen Wirtschaftsverkehr die längst verdiente und notwendige Ausmerzung findet. Hier dürfte — mag der Briand'sche Plan an Einzelheiten auch noch manches Wertvolle bringen — die Forderung des IGB. auf Schaffung eines internationalen Wirtschaftsamtens im sinnemäßiger Angleichung an den Aufbau und die Kompetenz sowie die Fortwirkung — zu den einzelnen Regierungen — des Internationalen Arbeitsamtes die beste Lösung darstellen. Das wäre aber auch das mindeste, was vorerst geschaffen werden muß, weil es nur auf diese Weise möglich wird, daß die von kompetenten und berufenen Sachverständigen und Beratern vorzuschlagenden Möglichkeiten in nationaler Verwirklichung in die Tat umgesetzt werden.

Man denke zum Beispiel auf sozialpolitischem Gebiete an den internationalen Achttundentag — eine Forderung, die zur Zeit der überwiegend neun- und zehnstündigen Arbeitszeit zumindest mit gleich schwerwiegenden Bedenken aufgenommen wurde, wie die heutige Forderung auf Beilegung der Zollmauern. Und trotzdem gehen wir heute der Verwirklichung jener Forderung entgegen. Glaubt jemand, daß das ohne Internationales Arbeitsamt möglich geworden wäre? So gibt es noch viele Forderungen, die in stetem Kampfe um die Ratifizierung im nationalen Rahmen zu einem langsamen aber sicheren internationalen Ausgleiche führen. Warum soll ein ähnliches Werden in gleichem Vollzuge nicht möglich sein auf rein wirtschaftlichem Gebiete? Schon der Versuch ist all die Opfer wert! Und

nur wer bessere und aussichtsreichere Wege aufzuzeigen weiß, hat das Recht zur Kritik. Aber ohne ein solches Zentralamt mit mindestens faktutatio zu übereignendem Vollzugsrecht, analog dem Internationalen Arbeitsamt, bleibt jegliches Planemachen ein fruchtloses Beginnen. Wir sind deshalb besonders neugierig auf das, was der französische Außenminister Briand an eigenen Vorschlägen der hochenden Welt zu unterbreiten hat. Hoffentlich steht ihm sein Ansehen, dessen er sich in der internationalen Demokratie erfreut, zu hoch, als daß er sich nur in ein paar schönen Phrasen und gutgemeinten Mahnungen verliert.

Neben der Forderung auf Schaffung eines internationalen Wirtschaftsamtens erhebt der IGB. dann Spezialforderungen, die schon die engere Problematik der zu erstrebenden Neuordnung der europäischen Wirtschaftswirtschaft berühren. Es sind Forderungen, die als Mindestforderungen — und darum handelt es sich im praktischen

Bilanz des Weltkrieges.

Ueber die Stätten, die gierig Menschenblut tranken,
Ging sinnend mit stumpfer Sense der Tod.
Wem hab' ich, so sprach er, die grausige Ernte zu danken?
Die Ernte des Irrsinn, der weltzerfressenden Not? ... [dang.
Er fand keine Antwort, keine Erklärung der Menschenverblen-
dum, der kein Mitleid kennt, trat ins Auge die Träne der Qual
Ob solcher vom Bruder dem Bruder bereiteten Schändung,
Die dem Bruder grausam den Bruder zu morden beiahl.

Und Antwort scholl aus dem Reigen der Geister:
An ihrem Unglück sind selber die Menschen schuld,
Denn den Kommiskopp ehren sie als ihren Herrn und Meister
Und lecken seinen Stiefel noch mit Schatzgeduld.
Des freien Menschen Vaterland kennt keine Grenzen,
Sein Vaterland, sein Acker ist die ganze Welt!
Ein Held, um dessen Stürn die freien Sterne glänzen,
Ist nur der Mensch, der im Dienst der Menschheit fällt! ...

Aber die Opfer des Krieges fielen für eine Schimäre,
Fielen als Opfer der Lüge, der Hetze, von oben geschürt. [Ehre.
Avis Mordfeld trieb sie die Ruhmsucht, der falsche Begriff der
Trieb sie voran, wie man einen Hammel zum Schlachthaus führt.
Millionen von Krüppeln und Siechen warf dies Verbrechen
In die Gassen des Mitleids, in die sich das Elend versteckt.
Der Dank des Vaterlandes blieb nur ein halbes Versprechen,
Kaum daß man sein Elend verdeckt.

An der Krippe des Staates stehen dagegen
Etappenhelden mit raffender Hand.
Sie segnen sich doppelt mit doppeltem Segen
Und doppelt dankt ihnen das Vaterland.
Wenn aber die Opfer besseren Dank desgleichen verlangen,
Dreht man ihr Recht in Watte und Mull
Und meldet dann amtlich: Zur Rente empfangen
Sie einen Zuschuß von 0,01 Victor Kalinowski.

Tagesstampe immer — rückhaltlose Zustimmung bei der gesamten Arbeiterschaft finden können. Nur eine Forderung scheint uns etwas gefünstelt und schwammig: die Forderung zur Währungsreform. Hier kann es für eine Instanz vom Charakter des IGB. nur eine Forderung geben: Schaffung einer Einheitswährung! Gewiß, für die nächsten Tage ist diese Frage noch nicht akut und selbst im Rahmen der Erfüllung der übrigen aufgestellten Forderungen noch nicht lösbar. Aber darüber muß man sich klar sein: Für ein wirklich vereinigtes Europa — ob nur wirtschaftlich oder auch politisch, bleibt sich gleich — wäre der Weiterbestand der bestehenden Wunschedigkeit der europäischen Geldwährungen ein so großer Widerspruch und so großes Hindernis, daß es daran, trotz dem besten Willen aller, über kurz oder lang wieder zugrunde gehen müßte. Darauf geht schon hinzuweisen, wo die Frage des europäischen Zusammenflusses in ein akutes Stadium überzuleiten beginnt, ist aber ebenfalls eine unbedingte Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit, zumal ja auch hier schon die reine Theorie auf praktisches Formwerden verweisen kann. Man denke nur an die internationalen Charakter tragende — noch zu gründende — Reparationsbank, die doch nur ein zwangsläufiges Gebilde darstellt, als Versuch zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, die sich aus der bestehenden Währungszerissenheit ergeben bei Abwicklung der Reparationsgeschäfte. Hier hat selbst schon der französische frühere Finanzminister und berühmte und anerkannte Finanzfachmann Cailiaud auf die mögliche Rolle hingewiesen, die dieses Institut im Streben nach einer europäischen, wenn nicht gar einer Weltwährung vielleicht zu spielen berufen ist. Wenn in solchen Kreisen schon derartiges Zukunftsmorden ernsthaft durchdacht und diskutiert wird, dann sollten wir als Arbeiterklasse zumindest nicht dahinter zurückbleiben, da wir uns doch als die Schrittmacher im internationalen Werden betrachten.

Wir haben hier diese Spezialfrage deshalb einmal besonders herausgestellt, um daran zu zeigen, daß übertriebene Sachlichkeit wirklich in Bescheidenheit umzuschlagen droht,

die unter Umständen aber auch gegen jemand ausschlagen kann, besonders, wo so brutale Interessentkämpfe geführt werden müssen, wie im öffentlich-rechtlichen Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft. Aber wie gefagt: die übrigen und die die eigentliche Wirtschaftspraxis berührenden Forderungen sind zu begrüßen und ihre Durchführung von allen Arbeitervertretern zu fördern, wobei wiederum betont sei, daß bei den heutigen Organisationsbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten auf wirtschaftlichen Gebieten wenig praktische Resultate zu erzielen sein werden, weshalb Voraussetzung ist: die Schaffung des vorgenannten internationalen Wirtschaftsamtens.

Aber darauf sei noch besonders hingewiesen, daß Erfolge und Fortschritte auf internationalem Gebiete abhängig sind vom Willen und von der Macht der auf nationalem Boden kämpfenden. Der IGB. ist ja schließlich nur eine internationale Organisation des proletarischen Klassenwillens, dessen Träger aber heute noch in nationalen Kampfformationen stehen. Der IGB. bildet so gewissermaßen nur die Vereinheitlichung der nationalen Kampforganisationen zu einem geschlossenen internationalen Bestreben. Der Erfolg dieses Bestrebens also muß letzten Endes national erkämpft werden. Das heißt also, daß die organisierte Arbeiterschaft aller Länder dieses Wirtschaftsprogramm des IGB. nicht nur zur Kenntnis nimmt als das Programm der Internationale in ihrem fiktiven Bestand, sondern als ihr eigenes, ihnen zur Durchführung gestelltes Programm. Die englischen, französischen, deutschen oder sonstigen nationalen Gewerkschaften also tragen je für sich die Verantwortung für den Erfolg in der Richtung der bekanntgegebenen Richtlinien. Also auch bei uns deutschen Arbeitern, ebenso wie bei den Arbeitern aller übrigen dem IGB. angeschlossenen Länderorganisationen, müssen diese Wirtschaftsforderungen ganz in unser Denken und in unsere Diskussionen eingeordnet werden. Erst aus diesem Interesse, das die organisierte Arbeiterschaft an den Forderungen ihrer Internationale zeigt, kann der nötige Druck entstehen, der die einzelnen Landesregierungen zu den erforderlichen internationalen Zugeständnissen bewegt. Eine internationale Neuordnung ist ja völlig abhängig von der Bereitschaft der einzelnen Regierungen, diese Bereitschaft aber wieder von dem Druck, dem sie diesbezüglich national ausgeht ist.

Wenn wir nun eingangs sagten, daß das nationale wirtschaftliche und soziale Vorwärtsschreiten wesentlich abhängig ist und bedingt wird vom internationalen Zusammenwirken der Wirtschaftsgesellschaft, dann erfahren wir aus den weiteren Ausführungen, daß wir uns in der Praxis eigentlich viel zu wenig um das Internationale kümmern. Vielleicht hat diesbezüglich unser IGB. selbst etwas gefünstigt. Zumindest könnte es nicht schaden, wenn von ihm aus in Zukunft mehr in der Richtung zur Arbeiterschaft gesprochen würde und nicht nur in der Richtung zu entscheidend-öffentlichen Instanzen. Es muß gelingen, die Masse der Arbeiterschaft in ihrem Wollen und Denken mehr auf das von uns zu erstrebende internationale Gesellschafts- und Wirtschaftswesen hinzuwirken. Das würde besonders für uns in Deutschland nichts schaden, wo die Arbeiterschaft bei Beurteilung politischer Vorgänge oder Führerentscheidungen oft den — geschichts- und entwicklungspolitisch gesehen — läppischsten Fragen eine geradezu lächerlich wirkende Gewichtigkeit beimißt, während sie an den weltbauenden Notwendigkeiten und Aufgaben, von denen ihre Führung ebenfalls sehr stark und oft ausschlaggebend mitbestimmt wird, fast achtlos, weil kenntnislos, vorübergeht.

Das geschichtliche Schwergewicht liegt eben heute auf internationalem Gebiete. Wir stehen mitten in einem neuen Werden. Was hier verfaumt wird, läßt sich nicht wiedergutmachen. Wir müssen deshalb ein offenes und wachames Auge behalten. Wo wir unseren Einfluß geltend machen können, müssen wir es im Sinne der Forderungen des IGB. tun. Es ist besondere Aufgabe der Sozialisten in der Regierung, sei es bei uns, sei es in anderen Ländern, die Außenpolitik in gleichem Sinne zu beeinflussen. Nur wenn wir alles auf dieses Ziel konzentrieren, wird auf allmähliche Verwirklichung der Forderungen zu rechnen sein. Gerade jetzt ist die Zeit besonders günstig, weil wir in England die Arbeiterregierung am Ruder haben, in Deutschland einen starken sozialistischen Einfluß und in Frankreich einen Außenminister, dessen Lieblingsidee die Vereinigten Staaten von Europa sind. Schmieden wir deshalb an diesem Eisen besonders emsig, solange es warm ist. Gerade als Arbeiterschaft haben wir die Verpflichtung, auf das Denken der Europäer den größten Einfluß auszuüben, um die geistige Bereitschaft für ein geeintes Europa zu schaffen. Alle Bedenken unsererseits sind hier zurückzustellen, weil dieselben ihre genügende Verteidigung finden werden durch die unbedingten Gegner jeglicher internationaler Einigung: durch die Nationalisten aus Prinzip. Sie sind es, in deren Folge und Gesellschaft sich gleichzeitig auch die ganze Meute der sozialpolitischen Reaktion befindet, worin der Beweis liegt, daß ihr Streben ein den schaffenden Menschen feindliches ist. Sie wollen über die internationale Zerrissenheit zu nationaler Herrschaft, während unser Zielstreben gebietet: Ueber die nationale Freiheit zu internationaler Einheit! In diesem Sinne also gilt für uns in der nächsten Zeit unsere Forderung: Mehr Internationale!

Zehn Jahre republikanische Verfassung.

Am 11. August dieses Jahres jährt sich zum zehnten Male der Tag, an welchem die gegenwärtige Reichsverfassung in Kraft gesetzt wurde. Als sie der damalige Reichspräsident, unser Vorfahr Herr Ebert, unterzeichnete, ahnte wohl niemand, daß sich unter dem Schirm dieser Verfassung das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands so rasch und umfassend konsolidieren würde. Die Arbeiterklasse hat allen Grund, am Tage des zehnjährigen Bestehens der Reichsverfassung sich mit dieser selbst und mit deren Wirksamkeit zu beschäftigen, denn schließlich ist sie das Fundament und der Träger der Reichsverfassung. Wenn wir uns zehn Jahre zurückversetzen, so zittert in uns eine Zeit nach, wo manches in trübem Dunkel gehüllt war. Das arbeitende Volk Deutschlands hatte die politische Staatsgewalt ergriffen, doch tauchten in einsichtigen Köpfen lange Zweifel auf, ob diese Herrschaft infolge der mangelhaften Vorbedingungen auf die Dauer gehalten werden könnte. Die Mehrheit der Arbeiterklasse und mit ihnen die Gewerkschaften entschieden sich für die politische Demokratie. Sie sahen in der neuen Staatsverfassung nicht ihr Endziel, sondern den Boden, auf dem die Arbeiterklasse ihren entscheidenden Einfluß auszuüben gewillt war nach der Richtung, die endgültige Herrschaft der Arbeiterklasse vorzubereiten.

In der Weimarer Verfassung war vieles berücksichtigt, was die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten eritrebt hatte. In dem Artikel I der Verfassung, der da lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, sah die deutsche Arbeiterklasse eine Verwirklichung des Grundgedankes der Demokratie. Das Prinzip der Volkssouveränität war dadurch zum beherrschenden System erhoben. Und da die Mehrheit des deutschen Volkes aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, so ruht in dieser breiten Schicht der herrschende Faktor, durch den und mit dem alle Politik in Deutschland ihre Zielsetzung erhält. Noch ist diese zur Herrschaft berufene breite Schicht des Volkes nicht reif, ihre eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen und zu meistern. Ein sehr großer Teil, wenn nicht die Mehrheit, gibt nicht sozialistischen, sondern den sogenannten bürgerlichen Parteien ihre Stimme. Namentlich hat sich das Frauenwahlrecht in dieser Beziehung noch nicht als das bewiesen, was von ihm erhofft wurde. Hier ist noch eine jahrelange Aufklärung notwendig, um den breiten Schichten den Gedanken näherzubringen, daß ihr eigenes Geschick in ihre Hand gelegt ist. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, den deutschen Arbeitern und den Arbeiterfrauen einen starren und unbeweglichen Willen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen beizubringen.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist noch nicht so weit, zu seinem Verfassungstag, wie Gottfried Keller es erwähnt und besungen hat, „an einem frohen Sommertag das ganze Volk zum Fest des freien Volkshaates zu vereinigen.“ Ein großer Teil deutscher Volksgenossen arbeitet mit allem Nachdruck daran, den alten Klassenstaat wieder aufzurichten. Es sind in der deutschen Bevölkerung noch massenhaft rückständige Elemente vorhanden, die sich mit der neuen Zeit nicht ausfinden können. Diese arbeiten daran, nötigenfalls mit Gewalt, die Uhr der Zeit zurückzudrehen. Wenn wir auch der festen Ueberzeugung sind, daß dies nicht gelingen wird, so sind diese Bestrebungen doch als ein Faktor der politischen Unruhe zu werten.

In dem Kampf der Reaktion spielt die Weimarer Verfassung eine große Rolle. Doch den End schlägt und den Esel meint man. Man will mit der Befestigung der Reichsverfassung den Einfluß des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ausschalten. Darum geht ja schließlich der Kampf. Und deshalb ist uns die gegenwärtige Reichsverfassung mehr als lediglich eine politische Einrichtung. Mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Verfassung schließen wir zugleich den Einfluß der Arbeiterklasse in den großen Schaltherten

der Politik und des öffentlichen Lebens. Wenn wir das tun wollen, so muß unser Ziel darauf gerichtet sein, den Flugband der Unentschiedenen zwischen den Parteien, das Herz der Bitterkeiten und Verzögerungen zu beseitigen und zu befestigen.

Gerade auf diesem Gebiete zeigt es sich, daß die jahrhundertlange Erziehung des deutschen Volkes in falsche Bahnen gelenkt war. Das deutsche Volk ist nicht dazu erzogen, seine eigenen Geschicke selbst zu meistern. Noch heute hat es Willigkeit, was der große Gelehrte und Denker Aristoteles vor mehr als 900 Jahren sagte: „Das wichtigste für den Bestand einer Staatsform ist eine der Verfassung angemessene Erziehung. Die heilfamsten Gesetze, hervorgegangen aus einmütiger Entscheidung aller Staatsbürger, fruchten nichts, solange nicht Sorge getragen wird, daß die einzelnen sich in sie hineinleben und im Geiste der Verfassung erzogen werden.“

Hiermit wird eines der wichtigsten Kapitel der Nachkriegszeit berührt. Noch heute ist die Jugend in Deutschland einem reaktionären Geistes, das sich auf den Kathedern der Schule breit macht, ausgeliefert. Die letzten Demonstrationen der Hochschüler gegen die Anordnungen der preussischen Staatsregierung haben dies deutlich gezeigt. Leider erweist sich die Republik zu schwach, um hier mit eisernem Befehl auszugehen. Da ist es ein Glück, daß sich die deutsche Arbeiterklasse in den Gewerkschaften Erziehungsborgane schuf, die die Charaktere aus der breiten Masse des Volkes auszubilden in der Lage ist. Die Schule der Organisation holt das nach, was die staatlichen Erziehungsinstitutionen verfauldet haben und noch verfaulen. Bis in die neueste Zeit waren alle Lehranstalten darauf gerichtet, nicht freischaffende Menschen, sondern Sklavensklaven zu erziehen. Ein innerlich nicht freier Mensch kann auch nicht für die Freiheit anderer wirken. Dies hat der Dichter Robert Prutz vor vielen Jahren in folgenden Worten ausgedrückt:

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
Sie wird von außen nicht erbrocht,
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
Im eignen Wesen dich belebt.
Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So setz zuerst dich selber ein:
Wer fremde Fesseln will zerbrechen,
Darf nicht sein eigener Sklave sein!

Leider sind noch viele selbst unter der Arbeiterklasse ihr eigenes Elend. Sie können sich nur schwer von Vorurteilen befreien.

Wenn die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterklasse für die gegenwärtige Staatsverfassung eintritt, so weiß sie, daß sie in diesem Verfassungswort Voraussetzungen für die Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes enthält. Nur auf dem Untergrund des freien Volkshaates kann der Gewerkschaftskampf auf Erfolg rechnen. Aber wir verweisen dabei nie, daß auch die freie Demokratie die Arbeiterklasse nicht vor der wirtschaftlichen Unterdrückung zu befreien vermag. In der politischen Demokratie ist der Untergrund zum Staatsbürger geworden. Aber der Staatsbürger ist noch immer in allen politischen Freiheiten wirtschaftlich untertan. Gewerkschaften, den Hand- und Kopfarbeiter zum Wirtschaftsbürger zu erheben, sind in der Verfassung vorhanden. Das Wort der Reichsverfassung: „Eigentum verpflichtet“, hat bei den deutschen Unternehmern noch nicht die genügende Befragung gefunden. Solange große Menschenmassen der Arbeitslosigkeit überantwortet sind, solange noch Mangel und Elend, Not und Verzweiflung herrschen, solange können wir nicht von einem vollendeten Staatswesen reden. Weibkräfte und Arbeitskräfte, Arbeitsstoff und Arbeitsmittel sind in genügender Weise vorhanden. Es kommt nur darauf an, sie miteinander in die richtige Beziehung zu bringen.

Aus diesen Gründen haben die Gewerkschaften die Forderung der Wirtschaftsdemokratie zu ihrem Programm erhoben. Die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie schafft erst die Bedingungen, die ein wahrhaft freies Staatswesen haben muß. Um an dem Tage, wo neben der politischen Demokratie die wirtschaftliche Freiheit triumphiert, werden wir das Loblied auf die Demokratie uneingeschränkt singen können. Wenn die Verantwortlichen dieses Bieles nicht in ferne Zeiten verlegt werden soll, so müssen die arbeitenden Massen sich noch wesentlich mehr rühren als bisher. Sie müssen sich die Worte ins Gedächtnis prägen, die ein deutscher Dichter 1848 in folgende Verse faßte:

Du sollst nicht kalt und ruhig sein,
Wenn große Taten rings geschehn,
Beschau das Banner deiner Zeit
Und seine Größe und Herrlichkeit.
Gehbe dich aus hinter Ruh,
Und greif mit an und greif mit zu!
Und wär's auch nur ein kleiner Stein,
Bist in den Bau ihr doch hinein!
Du sollst nicht kalt und ruhig sein,
Wenn große Taten rings geschehn!

Zur Kritik an den Führern.

Man findet es heute selbstverständlich, daß Industrielle, Geschäftsleute, Reisende und sonstige Vertreter der Auto fahren, denn Zeit ist Geld. Wehe aber, wenn irgendein Arbeiterführer, der zu einem Vortrag aufs Land fährt, mit einem Auto angefaßt kommt. „Da, seht euch eure Führer an; früher waren sie nur Arbeiter, und jetzt fahren sie mit einem Auto, jetzt wollen sie nichts mehr von euch wissen.“ So hört man die Arbeiter und Gegner der Arbeiterbewegung schreien. Wenn er zufällig noch mit einer brennenden Zigarre aussteigt, dann ist er in Reinkultur der Bonze, welcher nur die Arbeiter verrät und verkauft, um sich selber den Säckel zu füllen. Daß das Auto längst nicht mehr ein Luxusartikel ist, sondern nur ein Mittel, um Zeit zu sparen und Zeit zu gewinnen, läßt diese Kritiker kalt, obwohl ihnen das die Entwicklung in Amerika, wo jeder dritte Arbeiter ein Auto besitzt, längst klar gemacht haben könnte.

Beachtenswert ist ferner, daß die meisten derjenigen, welche am meisten über die Führer schimpfen, politisch und gewerkschaftlich unorganisiert sind. Sie sind die Parasiten der Arbeiterbewegung; für den Aufstieg derselben tun sie nichts weiter als nur immer kritisieren und schimpfen. Da sie keine Gewerkschaftspresse lesen und ihr Gehirn zum größten Teil von bürgerlichen Blättern verbrämt ist, so sind ihre Urteile über die wirtschaftlichen Vorgänge ebenso gefühlsmäßig wie unrichtig. Das hindert sie aber

nicht, immer das größte Wort zu haben, zumal sich niemand gegen sie in einen Streit einläßt, da sie Vernunftgründen nicht zugänglich sind und zu jedem, der ihnen zu widersprechen versucht, persönlich grob und beleidigend werden. Auffallend ist, daß derartige „revolutionäre“ Arbeiter bei den Vorgesetzten sehr beliebt sind. Kein Wunder, denn diese Schreier sind ungefährlich. Man kann ihnen mit ihrem Bos unzufrieden sein und mehr oder weniger Urlaub und eine kürzere Arbeitszeit haben lassen. Die Unternehmern weiß, daß ihr diesbezügliches Begehren harmlos ist, da sie ja als unorganisierte keine Macht hinter sich haben. Sie dürfen deshalb schimpfen, wenn sie nur gleichzeitig die Organisation schlecht machen. Über diese Kritiker wissen das auch genau und versuchen, sich auf diese Art beim Unternehmer „lieb Kinn zu machen, um persönlich vielleicht dafür auf der Arbeitsstelle belohnt zu werden. Daß ihr Streben, sich auf diese Weise wirtschaftlich zu verbessern, auf Kosten ihrer eigenen Klassenbewußtsein Arbeitskollegen geschieht, das tut ihrem sozialen Empfinden keine Abbruch.

Was verlangen nun die Massen von ihren Führern? Vor allem, daß sie ihre Interessen vertreten. Da glaubt einer zu Unrecht auf seiner Arbeitsstelle befristet worden zu sein; der andere hat zu viel Steuer bezahlt; ein anderer kommt mit der Knappheit nicht ins reine; dann gibt es viele, die kommen in Renten

Liberalismus und Solidarismus.

Die Freiheit ist das höchste Gut des Menschen, der Truan und das höchste Ziel aller Unterdrückten. Für das Ideal der Freiheit sind zu allen Zeiten Soldaten berührt worden, haben die Menschen sich und ihr Gut, Blut und Leben geopfert. Freiheit wird überall da proklamiert, wo Völker, Klassen oder einzelne Menschen unterdrückt werden — überall da, wo Unge, Unrecht, Ungerechtigkeit und Ausbeutung herrscht. Im Namen der Freiheit sind ganze Völker hingegeschlagen worden. Aufstände und Revolutionen fanden unter dem Banner der Freiheit. Das schillernde Wort „Freiheit“ treibt Menschen und Völker oft in einen Kampf bis zur Selbstvernichtung, treibt die Menschen oftmals zur Verwirrung, führt zur Aufgabe aller Denkfähigkeit. Nach Freiheit strebt jeder einzelne, der durch irgendwelche Schranken an der Verwirklichung seiner Ziele und Bestrebungen gehindert wird, der in seiner Bewegungsfreiheit irgendwie gehindert wird.

Freiheit gibt es in allen möglichen Schattierungen und Verbindungen, in allen möglichen Variationen. Da gibt es die „Freiheit der Völker“, die bei Strafe des Völkermordes und Weltbrandes nicht angefochten werden darf. Innerhalb des Staates und der Gesellschaft gibt es aber die mannigfachen Arten von Freiheit. Versuchen wir einmal, sie aufzuzählen. Da ist zunächst in der rein bürgerlichen Sphäre die Freiheit der Person, die Freizügigkeit, die Eigentumsfreiheit, die Vertragsfreiheit, die Gewerkschaftsfreiheit, die Hausrechtlichkeit und die Berufsfreiheit. Im Gebiet der Staatsbürgerlichkeit und Politik gibt es die Konstitutionsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung oder Redefreiheit, die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, freies Wahlrecht, Freiheit der Wissenschaften, die Freiheit der Wohnung, Religionsfreiheit und alle sonst noch möglichen und unmöglichen Freiheiten. Die meisten dieser Freiheiten sind in der Verfassung oder in den Verfassungsgesetzen genannt und gewährleistet. Der zweite Gesichtspunkt der Reichsverfassung: „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“, insbesondere der Abschnitt über die Einzelperson, zählt gewissermaßen alle diese Freiheiten auf und garantiert sie.

Warum nun die verfassungsmäßige Garantie all dieser Freiheiten?

Warum legt die Verfassunggebende Nationalversammlung ein so großes Gewicht auf die besondere Betonung dieser Freiheitsrechte? Diese Verfassungsgarantien sind nicht nur Dokumente der staatlichen Bürgerrechte, sie sind auch Dokumente des Kampfes um ihre Geltung und des Mißtrauens der Bürger gegen den Staat. Das Volk traut den bürgerlichen Herrschern nicht, das ihnen zuzutrauen zu den Repräsentanten der Staatsgewalt. Dieses Mißtrauen ist nur zu begründet, ist eine Folge des Jahrhunderts

währenden Staatsabsolutismus, der dem absolut regierenden Herrscher von „Gottes Gnaden“ das Recht über Leben und Tod der Untertanen zusprach. Stärken Ausdruck findet dieser Absolutismus in der Leibeigenschaft des Feudalismus und besonders in einer höchsten Hofkammerordnung aus dem Jahre 1766, in der es heißt: „Unser fürstliche Hofkammer ist die natürliche Vorkammer unserer Untertanen. Ihr liegt es ob, dieselben vom Irrtum ab und auf die rechte Bahn zu weisen, sie sofort, auch gegen ihren Willen, zu befehlen, wie sie ihren eigenen Hauswohl einschätzen sollen.“ Solchen Zuständen gegenüber ist der Kampf um persönliche Freiheiten nur zu berechtigt und ebenso das Widerstreben gegen den Staat, auch bei dem heute herrschenden parlamentarischen Regierungssystem; Leben wir doch in einer klassengesellschaftlichen Gesellschaft. Die Volkswirter in den Parlamenten sind die Vertreter der verschiedenen Volksklassen, deren Interessen direkt gegensätzlich gerichtet sind und einander ausschließen.

Nur aus diesen trassen Untertanen-, Gewalt- und Klassenverhältnissen ist dieser Drang nach einer genaueren rechtlichen Regelung zu verstehen. Der Bürger will sich einige Rechts- und Lebensbereiche sichern, in denen er frei ist von staatlicher Einwirkung, frei von jedem Zwang, in denen er sich ungehemmt auswirken kann. Deshalb der Staat nach dem Rechtsstaat. Man legt dem Bürger den Staatsgewalt rechtliche Schranken, indem man sich bestimmte Freiheitsrechte garantieren läßt und sie für unantastbar und unveräußerlich erklärt.

Die Freiheit der Person

entpringt einfach dem Gebot der Menschlichkeit. Sklaverei, Alter und Selbstentzweiung sind überlebt. Es ist menschenunwürdig, eine Person unter die Gewalt und Botmäßigkeit der anderen zu stellen. Ebenso ist es mit der Vertragsfreiheit. Verträge sollen der freien Entschlußkraft der Vertragschließenden entsprechen und nicht etwa irgendeinem Zwang. Diese persönlichen Freiheitsrechte sind liberale Rechte. Man will sich, also der eigenen Person, unbestimmt um die etwa noch existierenden Mißbräute und die Gemeinshaft, unbestimmt um den Staat, unbeschränkte Freiheiten sichern.

Wo findet die Freiheit der Person, die Freiheit des Vertrages, die Freiheit des Eigentums ihre Grenze? Dürfen diese Freiheiten so weit ausgedehnt werden, daß sie zur Quelle von Unfreiheit werden? Die Freiheit der Person darf nicht so weit führen, daß eine Person die andere beherrschen darf. Die Vertragsfreiheit garantiert vollständige Vertragsfreiheit, trotzdem aber besteht die kapitalistische Lohnrechtenschaft. Sie besteht als eine Folge der

Eigentumsfreiheit. Das Eigentum verleiht gesellschaftliche Macht die man zur Ausbeutung der Mitmenschen einsetzen kann. Die Eigentumsfreiheit hebt auch die Vertragsfreiheit auf, da der Verstarbende den Bestehenden bei Strafe des Vermögensverlustes zwingen kann zum Vertragsabschluss um jeden Preis. Durch die Freiheit der Person werden also politische Gewaltverhältnisse beseitigt, dagegen durch die Freiheit des Eigentums gesellschaftliche Gewaltverhältnisse (auf Grundlage kapitalistischer Erwerbswirtschaft) geschaffen. Die politische Freiheit der Person des Arbeiters wird also in Gesellschaftlichen wieder aufgehoben.

Ebenso ist es mit der Gewerkschaftsfreiheit und Handelsfreiheit. Die Gewerkschaftsfreiheit gestaltet die Ausbildung eines jeden Gewerkschafts und die Errichtung eines jeden Gewerkschaftsbetriebes. Dadurch entstehen Konkurrenzverhältnisse, die zur Niederkonkurrierung der Schwachen oder zu monopolistischen Zusammenschlüssen führen. Durch die Bildung solcher Monopole in Form von Kartellen, Trusts, Konzernen und ähnlichen Verbindungen nun zur Vertreibung der Gewerkschaften und zur Konsumentenentwertung führen. Hier liegt ebenfalls eine Ueberspannung der Gewerkschaftsfreiheit vor. Die Freiheit auf der einen Seite führt zu Notzuständen auf der anderen. Die Handelsfreiheit ist das Ideal der Konsumentenfreiheit. Wenn es jedem gestattet ist, Waren auf den Markt zu bringen, so gelangen die Käufer bei dem einsetzenden Konkurrenzkampf in den Besitz billiger Waren. Aber wie, wenn ausländische Konkurrenz durch äußerste Niedrighaltung ihrer Lohnkosten (soziales Dumping) die Lohnmengen inländischer Betriebe und Wirtschaftszweige Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen zur Folge hat? Soll man die Handelsfreiheit da aufheben und die heimische Industrie und die in ihr beschäftigten Arbeiter durch Zölle schützen? Wohlgerneht: dadurch muß die Konsumentenfreiheit wieder höhere Breiten zählen. Ungezählte belasten ebenfalls die Konsumenten, und — wenn starke gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind — auch das Lohnkonto der Industrie. Eisenzölle belasten die Landwirtschaft, die ihre Maschinen nun teurer bezahlen muß. Wir sehen also die widerstreitendsten Interessen. Wo soll man den individuellen Freiheiten da Grenzen setzen, ohne die anderen Gesellschaftsgruppen zu schädigen oder ihre Freiheiten aufzuheben? Jedenfalls darf es für den einzelnen keine bis in die Unendlichkeit gehenden Freiheiten geben. Sie müssen da beschnitten werden, wo sie das Gemeinwohl oder einen großen Volksanteil in der Sicherung und Beschaffung ihrer Lebensnotwendigkeiten gefährden.

Die heutige arbeitsteilige Wirtschaftsgesellschaft macht alle Gesellschaftsmitglieder voneinander abhängig, sie stellt eine Aufeinanderangewiesensein aller dar. Deshalb darf es auch keine unbeschränkten persönlichen Freiheiten geben. In einem solchen Gesellschaft sind liberale Prinzipien nicht am Platze, selbst die kapitalistische Wirtschaftsweise ein Unrecht.

*) Zitiert in G. Rothberg: „Einführung in die Rechtslehre“, erschienen in der Sammlung „Wissenschaft und Bildung“ im Verlag Quelle & Meyer, Leipzig.

angelegenheiten mit Klageanträgen, Zwistigkeiten wegen der Betriebswohnung, Entschädigungsangelegenheiten usw. All das muß der Führer immer und immer wieder schlichten, er darf nie dabei erlahmen oder mal ein unfreundliches Gesicht zeigen. Endlose Kleinigkeiten und wertlosen Krimschramm muß er interessiert anhören, sonst ist er der Bönze, welcher jetzt nicht mehr mit den Arbeitern verkehren will. Selbst solche, die unorganisiert sind, finden in einer Zwangslage den Weg oft zum Gewerkschaftsbüro. Und der Bönze und Arbeiterverräter soll jetzt auf einmal kameradschaftlicher Helfer sein. Es ist eine Lust, Bönze zu sein!

Die Kritiker glauben das oft wirklich und denken sich so: Ein Arbeiterführer zu sein ist doch fein! Man bekommt sein Gehalt und die Beschäftigung besteht darin, daß man angestellt ist. Ab und zu hält man einige Reden, wird von der Masse belubelt (oder auch nicht) und kehrt mit dem Bewußtsein, ein Führergenie zu sein, zufrieden in den Schoß seiner Familie zurück. Es ist deshalb gut und notwendig, daß immer einige Unzufriedene da sind, die nie genug kriegen können und immer den Führer verdächtigen.

Wer nicht nur die Einzelinteressen hat der Führer zu befriedigen, nein, die Masse will auch allgemeine Fortschritte sehen. Mehr Lohn, weniger Arbeitszeit, niedrigere Steuern, billigere Lebensmittel. Der Kampf auf diesem Gebiete muß möglichst handgreifliche Erfolge zeigen. Es gibt immer noch welche, die behaupten, daß wir bisher überhaupt noch keinen Erfolg zu verzeichnen

hätten. Mit jeder Lohnerhöhung verraten uns nach ihrer Meinung und Behauptung die Bönzen, denn an dem niedrigen Lohn sind nur die Führer schuld — als ob ihnen die Fabriken und Gewerkschaften! Und wenn die Organisation eine 10prozentige Lohnerhöhung fordert und es gelingt dem Verband, nur 10 Prozent zu erlangen, dann gibt es viele, die da schreien: „Seht, euer Verband hat euch schon wieder verkauft und verraten, 15 Prozent haben sie euch verprochen und mit 10 Prozent spehen sie euch ab!“ Natürlich, diese Führer!

Aber trotz der vielen Schimpereien, Anpöbelungen und Schmutzflüßel, welche täglich über unsere Führer ausgegossen werden, gibt es doch eine gewaltige Masse Arbeiter, welche die Notwendigkeit einer Organisation und mithin auch der Führer anerkennen. Sie wissen zwar, daß auch die Führer mit menschlichen Schwächen behaftet sind, weil sie ja auch eben nur Menschen sind. Sie wissen weiter, daß die Führer immer nur das erreichen können, wozu die Macht der Organisation ausreicht. Und hier ist der Ort, wo die Kritik zuerst einsetzen muß. Bevor man von den Führern die restlose Durchführung der Forderungen verlangt, muß für die größte Machtbereitschaft der Organisation gesorgt werden. Und die haben wir heute noch nicht erreicht. Hier gilt es, in der Agitation anzusetzen. Wer es umgekehrt macht, nur auf die Führer schimpft, der ist der wirklich Schuldige, wenn es nicht vorwärts geht, wie wir es wünschen möchten. G. Schw...er.

bringen heute wie Dohn. Es sind Märchen wie alle: „Es war einmal...“ Wir Bergarbeiter haben daraus zu lernen, daß wir diese Profitwirtschaft verrichten müssen und für eine neue Gemeinschaft kämpfen müssen. Darin wird auch unser „Auf und Ab“ zur Arbeit erwidert werden. Dann werden die Führer auch wieder stolz sein, wenn sie ihre Söhne mit zum Bergwerk nehmen können. Ein einziges Kameraden, liegt es. Ihr seid stark und kräftig genug, wenn ihr nur wollt! Aber verachtet sich ihr nicht, geschlossen seid ihr alles. Darum kann nur die Lösung helfen: hinein in die Organisation! Durch Kampf zum Sieg! W. H.

Wesentliche Fürsorge und Arbeitslosenversicherung.

Ein gemeinschaftliches Schreiben des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers des Innern an die Sozialminister der Länder verlangt Anweisung an die Behörden der öffentlichen Fürsorge dahingehend, daß dort, wo aus berechtigtem Grunde die Arbeitslosenversicherung auf Zeit verlagert wird, diese Maßnahme nicht dadurch unwirksam gemacht wird, daß die Betroffenen von der öffentlichen Fürsorge eine anderweitige Unterstützung erhalten, die ihnen die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung gleichgültig machen könnte. Das Schreiben, abgedruckt im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 20 von 1929, lautet:

Nach §§ 90 und 93 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird die Arbeitslosenunterstützung für die Dauer von vier Wochen verlagert, wenn der Arbeitslose sich ohne berechtigten Grund trotz Belehrung über die Rechtsfolgen weigert, eine Arbeit anzunehmen, oder wenn er seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben oder durch ein Verhalten, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, verloren hat. Nach § 92 gilt das gleiche, wenn er sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsausbildung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen. Die Dienststellen der Arbeitslosenversicherung klagen darüber, daß Verfahren der Fürsorgebehörden durchkreuzt in vielen Fällen die Absicht dieser Bestimmungen, zum Arbeitswillen zu erregen; häufig unterstützen die Fürsorgebehörden Arbeitslose während der Sperre mit denselben Beträgen, die sie erhalten würden, wenn sie von der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen wären. Um dem entgegenzuwirken, ist angeraten worden, in den § 13, des Reichsgesetzes über Sozialversicherung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge eine Bestimmung einzufügen, wonach die Vorschriften des § 13 auch auf die oben erwähnten Fälle Anwendung zu finden haben. Es ist in Aussicht genommen, im Zusammenhang mit anderen bevorstehenden Änderungen der Reichsgesetze diese Ergänzung vorzunehmen. Da aber die Anwendung der Reichsgesetze voraussichtlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, erscheint es notwendig, auf die Fürsorgeverbände schon jetzt im Verwaltungsbüro des Reichsarbeitsamtes, in allen oben genannten Fällen ihre Fürsorgemaßnahmen für den Arbeitslosen und seine Familie so einzurichten, daß sie den berechtigten Maßnahmen der Arbeitsämter nicht entgegenwirken oder sie aushebeln.

Es wird daher vor allem als eine Pflicht der Fürsorgebehörden bezeichnet werden müssen, in allen derartigen Fällen die Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit aufs strengste zu prüfen und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Führung des Lebens unerlässliche zu beschränken. Dabei sollte von der Möglichkeit, die Unterstützung in Form von Sachleistungen zu gewähren, Gebrauch gemacht und namentlich den Familienangehörigen des Arbeitslosen der Lebensunterhalt durch Sachleistungen sichergestellt werden. Reinesfalls sollten laufende Unterstützungen in demselben oder annähernd demselben Umfang gewährt werden, wie sie dem Arbeitslosen außerhalb der Sperre als Leistungen der Arbeitslosenversicherung zufließen würden. Wenn irgend möglich, sollte die Unterstützung des Arbeitslosen von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden (§ 19 der Verordnung über die Fürsorgepflicht); bei ledigen Arbeitslosen wird, soweit Eltern zur Gewährung von Unterhalt irgend in der Lage sind, eine Unterstützung durch den Fürsorgeverband überhaupt nicht in Betracht kommen. Schließlich sollte jede Unterstützung des Arbeitslosen und seiner Familie, wie überhaupt jede Unterstützung arbeitsfähiger Personen, davon abhängig gemacht werden, daß der Arbeitslose sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamtes bei diesem meldet und um Arbeit bemüht.

Die Berufsliebe des Bergmanns von einst und jetzt.

Hart war das Los des Bergmanns von jeher. Schon allein der Verzicht auf Licht, Luft und Sonne stellt gegenüber anderen Berufen ungeheures Mehrleiden dar. Hinzu kommt noch der Kampf mit den Naturgewalten, mit ihren Tücken und Verfallsgefahren. Wie mancher Bergmann hat schon ihretwegen sein Leben lassen müssen! Und wieviel werden es noch sein? Man denke nur einmal an die schlagenden Wetter. Die Zahl derer, die durch sie den Tod fanden, ist eine große, gar nicht zu reben von den Tausenden von Unfällen. Und wieviel Kummer und Herzleid ist mit der Wirksamkeit dieser Gefahren verbunden? Das alles verleiht dem Bergmannsberuf eine gewisse Eigenart.

Und diese Berufseigenart ist auch nicht ohne Folgen auf die Berufsangehörigen geblieben. Sie entwickelten sich im Mittelalter zum eigenen Stand, zeichneten sich aus durch Tracht und Sitte. Auch war der Bergmann eine gewisse Zeit privilegiert gegenüber den andern, geachtet und geschätzt. Diese Vorzüge von einst sind längst erloschen. Aber die „Liebe“ zum Beruf hat sich dennoch unter den Bergarbeitern lange erhalten. Wie stolz der Bergmann auf seinen Beruf war, das geht aus all den vielen Dichtungen und Sagen hervor, die sich um ihn und sein Leben gewunden haben. Das Bergwerk war für ihn kein lebloses Ding. In allen Wortkombinationen nahm er innigen Anteil. Er fühlte sich als Teil des Ganzen. Auch im Privatleben war der Unterhaltungsstoff überwiegend dem Berufsleben entnommen, worauf ich mich noch sehr wohl erinnern kann selbst noch aus der Zeit, als die alten Kumpel bei meinem Vater, der felder Bergmann war, zu Besuch weilten. Das ist auch durchaus verständlich, denn kein Beruf war so sehr „Familienangelegenheit“ wie der des Bergmanns. War der Vater Bergmann, so wurden das unter 100 Fällen 95mal die Söhne. Nicht immer lag das am Urmutter. Nein! Der Berufsliebe, die Liebe zu seinem Beruf war beim Vater die Hauptveranlassung, den Sohn ebenfalls Bergmann werden zu lassen. Doch mit der Zeit hat sich das geändert. Die Romantik und Poetik von einst ist dahin. Die Seelenlosigkeit hat überhand genommen. Sie steigerte sich von Epoche zu Epoche. Und von der Berufslehre von einst ist heute bitter wenig übrig geblieben. Und wie damals die Väter stolz waren, wenn ihre Söhne mit ins Bergwerk gingen, so bieten sie heute alles auf, selbst bei größter Entbehrung, den Sohn vom Bergwerk fernzuhalten.

Und was mag die Ursache hierzu sein? Der Bergmann selbst gewiß nicht, denn so bescheiden und anspruchslos er einst war, so ist er auch noch heute. Der Dichter Scheffler hat allzu sehr recht, wenn er sagt, gerührt auf den Bergmann: „Tiefe schafft Bescheidenheit.“ Und ging sie nicht manchmal über das Maß der Erträglichkeit hinaus?

Die gepriesene Bescheidenheit wurde schon damals nicht geschätzt und heute noch viel weniger. Wer in aller Kürze reich werden wollte, betätigte sich mit seinem Gelde am Bergbau.

Fürsten und Großen haben schon früher gemußt, sich den Bergbau zu Nutzen zu machen. Und später waren es die Ungekrönten, die es noch weit besser verstanden und heute noch verstehen. So ward der Bergbau zum Tummelplatz geldgieriger Menschen. Alles Gute - Schöne wurde zerstört und die Sagen verdrängt durch Profitrechnungen. Die Sprache wühlte dem Kumpel und dem Vorgesetzten wurde eine andere, die kameradschaftliche Verbundenheit löste sich auf und ward zur Interessensfeindschaft. Heute wird der Bergmann von den Beamten wie die Pest gemieden. Der Steiger muß stets den „richtigen Abstand“ wahren, damit seine Autorität nicht leidet. Die Zeit ist vorbei, wo man fühlt, daß der Steiger gemeinsam mit dem Bergmann eine „Schicksalsgemeinschaft“ darstellt. Daß das anders wurde, macht den Bergmann verbittert. Er kann nicht begreifen, warum der Steiger immer ein Schinder und Treiber ist und nicht Berufsberater und treuer Kamerad in Not und Gefahr.

Aber auch sonst ist der Bergmann ein Objekt kalter Berechnung geworden. Sombart bezeichnet die Situation am besten, wenn er von dem modernen Kapitalisten und Profitgierigen spricht als von einem Menschen, der dort ein Hauptbuch trägt, wo andere ein Herz haben. Man denke nur an die letzten Tarifbewegungen. Wie begründet die Forderungen waren, haben die Arbeitervertreter ersichtlich nachgewiesen! Aber das hat nur wenig genützt, dem Unternehmer wurde mehr geglaubt. Insbesondere sind bei der letzten Lohnerhöhung die Gehingearbeitete wieder zu kurz gekommen, wo sich die Lohnerhöhung wirksam zeigen sollte. Statt Gehingehöherung wurde kurzerhand die Leistung in die Höhe gesetzt. Das Diktieren ist ja im Bergbau Brauch und Sitte geworden. Es gehört eben zum modernen Wirtschaftsführen. Was heißt für die modernen Bergberren Arbeitsordnung und Tarifvertrag? Ein Uebereinkommen in der Gehingefrage gibt es kaum noch. Und so kommt es, daß kameradschaftliche Monate hindurch weit unter dem Durchschnittslohn bleiben müssen. Kommt mal eine Befahrung zur Prüfung, dann haben die Herren gewöhnlich die Lubendorfsche blaue Brille aufgesetzt und es wird wieder nichts.

Die Wagen werden immer größer und der Lohn kleiner. Das ist ein Geschäft! Und dabei soll der „Kugrteiler“ der Rationalisierung nach Ansicht von Peter Klöcker und Dr. Wistott, und wie sie alle heißen, nur der Bergmann sein. So stehen wir nun da im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts als „moderne“ Lohnflaven. Da bleibt kein Raum mehr für Liebe zum Beruf, der Beruf wird zur Lebensqual. Hinzu kommt die ständig rapide Maschinenisierung und Mechanisierung der Arbeit. Immer mehr wächst so im Bergmann der Wille zur Abwehr. Er fühlt keine Verbundenheit mit dem Bergwerk, wo nur kalte Behandlung seiner Hart und seine Arbeitsleistung mit mathematischen Formeln errechnet wird, wie man die Pferdestärke einer Maschine anordnet. Die schönen Gedichte und Sagen aus früherer Zeit

Land	Arbeiter	Land	Arbeiter
Deutschland	8 680 000	Letland	160 000
Tschechoslowakei	3 000 000	Niederlande	108 936
Oesterreich	2 014 000	Dänemark	106 424
Großbritannien	1 500 000	Estland	51 680
Polen	900 000	Schweden	40 730
Schweiz	228 814	Rumänien	19 366
Belgien	212 000		

In dieser Zusammenstellung fehlen große Länder, wie Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Rußland u. a. In Frankreich erhalten die Arbeiter in sehr geringem Umfang Ferien. Ein Gesetzentwurf des Arbeitsministers, der einen Urlaubsanspruch für den größten Teil der Arbeiter und Angestellten enthält, ist in Vorbereitung. In den ehemals deutschen Gebieten von Ostpreußen werden heute schon Ferien gewährt. Dies ist wohl den strenger Arbeiterorganisationen horkelst zu danken. In Italien ist das Gesetz über die Ferienfrage vom Jahre 1919 nicht zur Auswirkung gekommen. In den Vereinigten Staaten werden unseres Wissens keine Ferien gewährt. In Sowjet-Rußland sieht das Arbeitsgesetz vom Jahre 1922 für alle gegen Lohnarbeit beschäftigten Personen Ferien vor. Doch ist noch nicht bekannt geworden, inwiefern dieses Gesetz zur Ausführung gekommen ist.

Eine gesetzliche Regelung der Ferien für den größten Teil der Arbeiter besteht in Finnland, Letland, Lituauen, Oesterreich und Polen. In allen übrigen Ländern besteht ein Anspruch auf bezahlten Urlaub nur insofern, als ein solcher durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Abmachungen erreicht wurde. Wie obige Zusammenstellung zeigt, marschiert Deutschland an der Spitze. Von dem am 1. Januar 1927 in Kraft befindlichen Tarifverträgen mit 10,9 Millionen Arbeitern hatten rund 8,7 Millionen Arbeiter das Recht eines bezahlten Urlaubs. Das sind rund 80 Prozent. Inzwischen wird sich dieses Verhältnis gebessert haben. Zu den Zahlen von Deutschland kommen noch die Angestellten und die Bediensteten in öffentlichen Betrieben, so daß die deutsche Ziffer eigentlich wesentlich höher angegeben sein müßte. Nach Deutschland dürfte Oesterreich am besten gestellt sein. Vielleicht hält dieses Land überhaupt die Spitze. Alle übrigen Länder bleiben weit zurück. Wenn sich die deutschen Arbeiter darauf auch nicht einbilden, so braucht doch diese Tatsache nicht verschwiegen zu werden. Nach einer Berechnung des Internationalen Arbeitsamtes für das Jahr 1926 hatten von den 47 Millionen europäischen Arbeitern 19 Millionen oder rund 40 Prozent einen Anspruch auf bezahlten Urlaub auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen. Von diesen 19 Millionen stellt Deutschland rund 45 Prozent, die beiden deutschsprachigen Länder Deutschland und Oesterreich zusammen rund 56 Prozent oder mehr als die Hälfte aller Arbeiter, die Urlaubsanspruch haben. Summieren ein ganz annehmbares Resultat.

Die Koalitionsfreiheit wurde durch die Gewerkschaft und die Arbeiterpartei erkämpft. Sie gestattet den Arbeitern, sich zu vereinigen und im kollektiven Zusammenschluß die Personenherrschaft des Kapitalisten abzuwehren, sie gibt ihnen — allerdings ungeschriebenes — die Streikfreiheit. Damit wird die Machtfrage auf der einen und die Machtlosigkeit auf der anderen Seite aufgehoben. Wie haben die Liberalen nicht gegen diese Koalitionsfreiheit gehütet, weil diese einen Eingriff in die Eigentumsfreiheit und in die Freiheit des Vertrages darstellte! Es haben sich Richter gefunden, die auf die Stellung von Lohnforderungen in Verbindung mit Streikandrohung den Erpressungsparagrafen in Anwendung brachten. Eine solche Einstellung trug den wirklichen sozialen Verhältnissen sehr wenig Rechnung. Das Unternehmertum, das selbst in seinen Kartellen und Vereinbarungen die Luftkammer am stärksten bedrängt und sie bei Strafe des wirtschaftlichen Ruins zum Beitritt zwingt, regt sich auf, wenn durch öffentliche Monopolkontrolle, Kohlen- und Wirtschaftsräte, durch Tarifvertrag und Schlichtungsinstitutionen ihrer Willkürherrschaft — sprich: Vertragsfreiheit und Eigentumsfreiheit — ein Ende gemacht werden soll.

Wie ist es nun mit den übrigen politischen Freiheitsrechten, die jede Partei in einem anderen Sinne auslegt? Die Nationalsozialisten wollen durch eine nationale Diktatur die irreführenden und „marxistisch verfeuchten“ Arbeiter wieder auf den rechten Weg bringen und nennen diesen Zustand „Freiheit“, nämlich die Freiheit, andere zu beherrschen und zu knechten. Das eine Neben-, Veranlassungs- und Streikfreiheit zur öffentlichen Beschämung der Republik und ihrer Einrichtungen, zur Unterdrückung der Staatsouveränität führen? Dagegen gibt es den Artikel 48 der Reichsverfassung und gab es ein Republikanengesetz. Soll aber hinwiederum der Staat das Recht haben, die Staatsbürger ihrer Freiheiten zu berauben? Darauf antworten die Vertreter mancher Parteien mit Ja, allerdings mit dem Vorbehalt, daß es ihre Klasse sein muß, die diese Gewalt ausübt. Wir leben heute in einem derartig verfeinerten Staatswesen, daß sich die Volksmassen in offener Feindseligkeit gegenübersehen, daß sie sich gegenseitig bedroht fühlen in ihren Interessen. Keine Partei erlaubt in den heutigen Koalitionsregierungen die volle Durchsetzung aller ihrer Ziele. Diejenigen Parteien, die sich am meisten bedroht fühlen, schreien am lautesten nach der Wahrung ihrer Freiheitsrechte.

Deshalb also verfassungsmäßige Verankerung von Freiheitsrechten!

In allem Ueberfluß will man heute noch dem Staatsgerichtshof die Aufgabe übertragen, nachzuweisen, ob erlassene Gesetze verfassungsmäßig zustande gekommen und verändert worden sind und nicht gegen den Inhalt der Reichsverfassung verstoßen. Wenn

sich also wirklich mal eine politische Mehrheit findet, welche die Eigentumsfreiheit aufheben oder beschränken will, soziale Gesetze erläßt oder stärkere Monopolkontrolle durchführt, so sollen Gerichte das Recht haben, diese Gesetze für ungültig zu erklären. Dabei ist das Richteramt selbst in diese Klassen„ordnung“ an irgendeiner Stelle eingereiht.

Wie soll man diese Zustände beseitigen, bei denen jede Interessengruppe argwöhnisch über ihre Rechte wachen muß? Wo sind die Grenzen der persönlichen Freiheitsrechte, wo sind die Grenzen der Staatsgewalt? Es darf keine „Freiheitsphäre des einzelnen“ geben, „vor der auch die noch so starken Interessen einer noch so großen Mehrheit haltmachen müssen.“ So weit darf der Liberalismus nicht getrieben werden. Es darf aber auch keinen Staatschuldenalismus geben, der für eine Ausübung der Staatsgewalt ist, ohne Rücksicht auf die Interessen der Volksgemeinschaft. Hier liegen die politischen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit. Man kann sagen, der Staat hat nur insoweit ein Recht auf unbeschränkte Ausübung der Staatsgewalt, als es die Sicherung des Gemeinwohls verlangt, und der einzelne darf nur so lange Freiheiten besitzen, als sie dem Gemeininteresse nicht entgegenstehen. Freiheiten also nicht vor der Gemeinschaft, sondern zur Gemeinschaft! Aber wo ist heute überhaupt Gemeinschaft? Die kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft kennt wohl ein Aufeinanderangehören, aber keine Gemeinschaft. Jeder wirkt nur im eigenen, persönlichen Interesse. Daraus sollte man aber die Konsequenzen ziehen. Diese Widersprüche lassen sich — wie längst bewiesen — nur in der organisierten Wirtschaftsgemeinschaft, nur in der solidarischen Gesellschaft lösen. Erst im Sozialismus wird sich der einzelne mit dem Staat ausöhnen und nicht mehr argwöhnisch auf die Wahrung seiner Rechte achten müssen, denn dann deckt sich das Staats- und Gemeininteresse mit dem individuellen Einzelinteresse.

Arbeiterferien in den einzelnen Ländern.

Der Krieg hat auf vielen Gebieten wie ein Revolutionär gewirkt. Neben den vielen Schäden hat er das Gute gebracht, daß die Hand- und Klopfbewerber nach Schluß deselben sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt wurden und ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nahmen. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit, die fast in allen Ländern erfolgte, ist die Gewährung eines bezahlten Urlaubs die wichtigste Errungenschaft. Nach einer Zusammenfassung, die wir der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Rundschau“ entnehmen, betrug die Zahl der Arbeiter, die Anspruch auf bezahlten Urlaub haben, in den einzelnen Ländern:

Wichtig für Betriebsräte!

Der Kündigungsanspruch der Betriebsvertreter.

In den Fällen des § 84 B.R.G. kann ein Arbeitnehmer gegen seine Kündigung innerhalb fünf Tagen Einspruch einlegen beim Arbeiterrat. Für ein gekündigtes Betriebsratsmitglied dagegen ist dieser Weg nicht nur unpraktisch, sondern muß geradezu als falsch bezeichnet werden, auch kann er zu erheblichen Nachteilen für den Kündigten führen. Nach Absatz 3 des § 96 B.R.G. kann man wohl leicht der Auffassung sein, daß einem gekündigten Betriebsvertreter das Einspruchsrecht zusteht. Diese Bestimmung des § 96 Absatz 3 hat bereits schon sehr oft zu vielen bedauerlichen Mißverständnissen geführt. Daher ist es angebracht, diese Frage nochmals klarzustellen.

Eine unter Einhaltung der vertragmäßig vereinbarten Kündigungsfrist erfolgte ordentliche Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes kann gemäß § 96 Absatz 1 B.R.G. nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung. Gehört der Kündigte mehreren Betriebsvertretungen (z. B. Arbeiterrat, Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat) an, so müssen alle diese Kollegien ihre Zustimmung erteilen, wenn die Kündigung wirksam sein soll. Ist diese Zustimmung erteilt worden, dann läßt sich gegen die ordentliche Kündigung des Betriebsvertreters nicht mehr ausrichten. Ein Einspruchsrecht ist hier vom Gesetz nicht vorgesehen, denn es würde auch widersinnig sein, wenn man gegen die von der Betriebsvertretung zugesagte Kündigung bei derselben Betriebsvertretung noch wieder Einspruch erheben könnte. Hat aber dagegen der Arbeitgeber eine ordentliche Kündigung ohne Zustimmung der Betriebsvertretung ausgesprochen, dann kann diese Kündigung überhaupt keine rechtliche Wirksamkeit enthalten. Ein Einspruchsrecht ist hier überflüssig, weil sich der Einspruch immer gegen eine an sich ordentliche Kündigung richtet. Ist die Kündigung aber von vornherein nichtig, so gibt es in einem solchen Falle keine Klage auf Wiedereinstellung oder Abgangentschädigung, sondern weil eben die Kündigung nichtig ist, dauert der Arbeitsvertrag unverändert fort.

Die Klage muß hier gerichtet sein auf Fortzahlung des Lohnes, weil das Arbeitsverhältnis, aber deutlicher gesagt: der Arbeitsvertrag weiter besteht (vgl. § 615 B.R.G.). Es handelt sich also hierbei nicht um eine Einspruchsklage, sondern um eine gewöhnliche Lohnklage, die der Kündigte selbst erheben, also als Kläger auftreten kann.

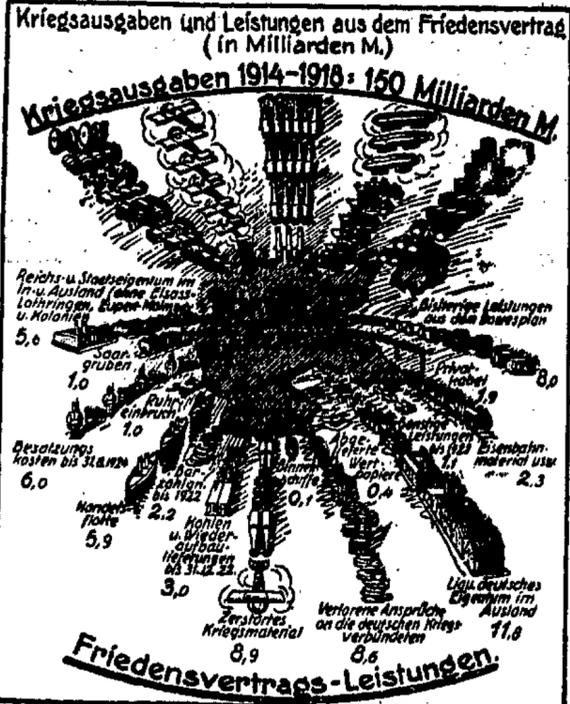
Schwieriger ist dagegen die Rechtslage bei der außerordentlichen Kündigung, oder wie man sagt: fristlosen Entlassung. Nach § 96 Absatz 2 Ziffer 3 ist die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht erforderlich, wenn die Kündigung erfolgt aus einem Grunde, der nach dem Gesetz ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt ist.

Die Bestimmungen des § 96 Absatz 3 und 4 beruhen wohl auf etwas falschen Überlegungen, und es besteht wohl heute kaum noch Streit darüber, daß diese Absätze praktisch bedeutungslos, vielmehr dazu geeignet sind, die Beurteilung der Rechtslage noch zu erschweren. Daß auch bei fristloser Entlassung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung die Einspruchsbeleugung nicht der richtige Weg sein kann, ergibt sich aus folgenden Überlegungen: Hat der Kündigte wirklich einen Anlaß zur fristlosen Entlassung gegeben, dann besteht die fristlose Kündigung zu Recht. Eine Zustimmung der Betriebsvertretung ist in diesem Falle nicht erforderlich, und auch der Einspruch würde keinen Erfolg haben, wenn ein Grund zur fristlosen Entlassung vorhanden war. Wenn man aber in der Lage ist, darzulegen, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorliegen habe, dann steht fest, daß die letztere ungerechtfertigt ist. Auch in diesem Falle ist nicht die Einspruchsklage, sondern die gewöhnliche Lohnklage der richtige Weg.

Wenn nämlich die fristlose Entlassung sich als ungerechtfertigt darstellt, dann kann sie als solche keine rechtliche Wirksamkeit enthalten. Es bleibt nur noch zu prüfen, ob vielleicht in der Maßnahme des Arbeitgebers gleichzeitig eine ordentliche Kündigung zum nächstzulässigen Kündigungsstermin zu erblicken ist. Der frist-

los kündigende Arbeitgeber will mit dieser Maßnahme zum Ausdruck bringen, daß er den Arbeitnehmer als Betriebsratsmitglied so bald als möglich los sein will. Sollte diese fristlose Kündigung unberechtigt sein, so will er zum mindesten zum nächstzulässigen Termin gekündigt haben. Wendet man diesen Grundgedanken auf die fristlose Entlassung eines Betriebsvertreters an, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß bei unberechtigter fristloser Entlassung auch eine wirksame ordentliche Kündigung nicht übrig bleibt, weil für jede ordentliche Kündigung gemäß § 96 Absatz 1 B.R.G. wieder die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich ist. Diese aber wird bei unberechtigten fristlosen Entlassungen niemals vorher

Was uns der Weltkrieg gekostet hat.



eingeholt sein, weil der Arbeitgeber zunächst annimmt, daß die fristlose Kündigung berechtigt sei und er hierzu die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht einzuholen braucht. Stellt man also in einem solchen Falle fest, daß bei unberechtigter fristloser Kündigung auch keine wirksame ordentliche Kündigung vorliegen kann, so folgt daraus, daß auch hier kein Einspruch notwendig ist, der sich ja immer nur gegen eine ordentliche wirksame Kündigung richten kann. Der Arbeitsvertrag dauert auch in einem solchen Falle einfach fort. Man braucht keine Wiedereinstellung oder Entschädigung zu fordern, sondern hat nur die auf das Fortbestehen des Arbeitsvertrages zu stützende Lohnklage zu erheben, welche nur von dem Kündigten selbst und nicht etwa vom Arbeiterrat angestrengt werden kann.

Wenn man mit dieser Klage Erfolg hat, steht die Fortdauer des Arbeitsvertrages fest, und es wäre logisch unrichtig, wenn, wie es durch Absatz 4 des § 96 B.R.G. vorgesehen wird, durch gerichtliches Urteil die Kündigung als zurückgenommen erklärt werden würde. Eine Kündigung, die überhaupt nicht wirksam ist, braucht nicht zurückgenommen zu werden. Es muß also dringend davor gewarnt werden, daß in solchen Fällen von dem ohne Zustimmung der Betriebsvertretung ordentlich gekündigten oder zu Unrecht fristlos entlassenen Betriebsvertreter die Einspruchsklage aus § 84 B.R.G. erhoben wird.

E. Richter.

Aus dem Saargebiet.

Jahresabschluss der Saarnapfenschaft für 1928.

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss der einzelnen Kassen entnehmen wir folgendes Ergebnis:

Die Krankenkasse schließt ab mit einem Ueberschuß von 2 014 477,96 Fr. Dieser Ueberschuß fand Verwendung für die Fortsetzung der Erweiterungsbauten der Krankenhäuser, die im Berichtsjahre einen Kostenaufwand von 5 074 940,47 Fr. verursachten. Hierdurch erhöhte sich der Zufluß der Krankenkasse von 12 882 241,20 Fr. im Anfang des Jahres auf 15 012 712,71 Fr. am Jahresabschluss.

Das Vermögen der Krankenkasse vermehrte sich gegenüber dem vorigen Jahre um 2 853 195,91 Fr. und liegt auf 36 631 926,46 Fr. Es setzt in den Werten der Krankenhäuser und Arztwohnungen. Bei der Pensionkasse A erforderte das Jahr 1928 einen Zufluß von 14 370 670,44 Fr. Das Vermögen der Pensionkasse A verminderte sich gegen das Vorjahr um 13 637 506,59 Fr. und betrug 60 706 846,75 Fr. Es setzt sich aus folgenden Positionen zusammen: Immobilienbesitz 17 551 370,47 Fr., Baudarlehen an Bergarbeitern und sonstige Darlehen 31 182 948,91 Fr., Wertpapiere 12 009 875,83 Fr., Barbestand 2 462 651,54 Fr. Hieron sind 2 500 000 Fr. Schulden bei der Regierungskommission und der Hypothekensank Saarnapfenschaft in Bezug zu bringen.

Bei der Beurteilung der Vermögenslage, insbesondere bei dem Barbestand, ist zu berücksichtigen, daß zu dem Vermögen hinzuzurechnen wird der aus dem Monat Dezember 1928 sich ergebende Beitrag, daß aber darin die am 1. Januar 1929 fälligen Leistungen, die mit diesem Beitrag allgemein gedeckt werden, doch nicht enthalten sind. Als Vermögen im wirklichen Sinne ist infolgedessen nicht der Betrag von 60,7 Mill. Fr., sondern der um das Leistungsfuß des Monats Januar verringerte Betrag anzusehen. Das gleiche ist auch bei der Beurteilung des Vermögensstandes der übrigen Kassen zu berücksichtigen.

Die Pensionkasse B schließt ab mit einem Ueberschuß von 1 608 757,54 Fr. Das gesamte Vermögen erhöhte sich von 7 626 418,17 Fr. im Anfang des Jahres auf 9 235 175,71 Fr. am Jahresabschluss.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse schließt ab mit einem Zufluß von 5 216 621,52 Fr. Dieser Zufluß ist dadurch entstanden, daß im vorigen Jahre erhebliche Zuschüsse zu Lasten des Reiches geleistet wurden, die erst in diesem Jahre, nach der endgültigen Umrechnung der Invalidenrenten, durch Uebersetzung der deutschen Versicherungsanstalten gedeckt wurden.

Das Gesamtvermögen betrug 13 565 854,59 Fr. Die Angestelltenversicherungskasse schließt ab mit einem Ueberschuß von 35 271,50 Fr. Das Vermögen betrug am Ende des Berichtsjahres 83 831,45 Fr.

Für die Befestigung des Art. 71 des Einführungsgelezes zur R.D.

Die beiden Bergarbeiterorganisationen, der Verband der Bergbauindustriearbeiter und der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, haben unter Bezugnahme auf den Beschluß des Reichstages, obengenannten Artikel aufzuheben, an die Regierungskommission des Saargebietes folgende Eingabe gerichtet:

Die unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen stellen hiermit den Antrag, voranzutreiben zu wollen, daß die nunmehr auf Grund der Ver. Brünning vom Reichstag beschlossene Milderung des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung auch hier im Saargebiet Gesetzeskraft erlangt. Ganz besonderen Wert legen wir darauf, daß nun auch — wie im Reich — den Witwen, deren Ehemänner bereits vor dem 1. Januar 1912 insvalide geworden sind oder verstorben waren, die Fürsorge aus der Hinterbliebenenversicherung zuteil wird. Die Zahl dieser Witwen im Saargebiet ist nicht mehr sehr groß und dürfte eine erhebliche Belastung der Versicherungsträger dadurch nicht entstehen.

Wir dürfen besonders darauf aufmerksam machen, daß in den Beratungen über die Novelle zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, keine Bedenken zu haben, daß die Fürsorge auch auf die vorbenannten Witwen ausgedehnt wird.

Da dies nunmehr im Reich durch das neue Gesetz bestimmt wurde, so erscheint es uns angebracht, diese Bestimmung auch im Saargebiet zur Geltung zu bringen.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß die Antwort der Regierungskommission nicht allzu lange auf sich warten läßt und die bedauernswerten Witwen bald ihre Renten erhalten.

Fahrt nach Wien.

Tausende und aber Tausende junge Sozialisten aus vielen europäischen Ländern, vor allem aus Deutschland, sind bereits viele Stunden unterwegs bzw. schon am Ziel, als ich in Duisburg den Schnellzug besteige, der mich in direkter Verbindung zur Fahrt zum internationalen Jugendtreffen nach Wien bringen soll. Die Aussicht, einen Tag und eine Nacht hindurch in einem Eisenbahnwagen sitzen zu müssen, ist zwar kein besonderes Vergnügen, veranlaßt aber in diesem Fall keine Bangeweile. Abgesehen von den abwechslungsreichen landschaftlichen Bildern, die bei einer solchen Fahrt aufstehen, reizte die bunte Reisegesellschaft in meinem Zuge zu besonderen Beobachtungen. Da sitzen zunächst die gut gewählten behäbigen in- und ausländischen Bürger, die in Karlsbad, Marienbad und anderen Orten eine mehrtägige Erholung suchen. Die Erholung dieser Leute wird zum großen Teil in Vergnügungen bzw. darin bestehen, daß man die durch Nichts- und besonders Wohlleben herausbeschworenen Hausgenossenheiten zu beheben sucht. Daß dabei ein täglicher Pensionatspreis von 20 und mehr Mark gezahlt werden muß, finden meine sonderbaren Mitreisenden, ihren Lebensarten nach zu urteilen, selbstverständlich. Im übrigen dreht sich die stundenlange Unterhaltung nur um schönes Wohnen, gutes Essen und Trinken, Vergnügungen usw. Ich höre mir diesen parasitischen und geistlosen Gesprächsstoff eine Zeitlang an und denke dabei an meine Ruinens. Gleichzeitig freue ich mich, zu einer anderen Klasse von Menschen zu gehören, zu einer Klasse, von der zahlreiche Angehörige als Mitreisende in meinem Zug vorhanden sind.

Zwischen hat sich nämlich der D-Zug immer mehr mit sozialistischen Zeitnehmern aus Belgien, Holland und Deutschland befüllt. Wie ganz anders schauen diese doch aus! Einfache Kleidung, muskulöse Körpergestalten, harte Gesichter, schmale Hände, harte Augen, die starr und zukunftslos leuchten. Man muß seine helle Freude an diesen kraftvollen Menschen haben, an diesen Menschen, die täglich arbeiten und schuften, deren schwerer Kampfschweiß in ihnen aber neue Kräfte weckt und schult. Während so die Besten und Nichtstuer im Wohl- und Gemütsleben versinken — man möchte sagen: degenerieren —, wächst aus der Welt der Arbeit eine neue, kraftvolle, lebensfrohe Schicht heran, die in unserem Gesellschaftsleben ihren Platz an der Sonne erobert muß und erobert wird. Ich fahre darum mit großer Erwartung nach Wien, zur Beobachtung der internationalen sozialistischen Arbeiterjugend.

Endlose Begeisterung.

Schon in Linz, also bereits einige Stunden Bahnfahrt vor Wien, wurden wir mit einem vielstimmigen „Freudenschrei“, dem österreichischen sozialistischen Gruß, empfangen. Zu Tausenden stand die Linzer Bevölkerung auf den Bahnsteigen, winkte, grüßte und jubelte. Wir, freudig überrascht, grüßten und winkten wieder, so daß schon in Linz ein nicht endenwollender Beifallssturm uns ein erfreuliches Vorzeichen für das Leben an den folgenden Tagen wurde. Und als unser Zug in den Abendstunden schließlich die Vororte Wiens passierte, als Wiens Arbeiter von Fenstern und hohen Stockwerken herab — teils in lebensgefährlicher Haltung — rote Fahnen und Lächer schwenkten, da wollte die Freude auf beiden Seiten kein Ende nehmen. Wir waren darum nicht mehr erstaunt, am Westbahnhof in Wien eine riesige Menschenmenge zu finden, die uns kaum den Weg in unsere Quartiere ermöglichte. Sofort wußten wir: hier herrscht Spannung und Begeisterung für die soziale Idee, hier zeigt sich brüderliches Wollen und heftiger Glaube an das Werk der Arbeiterklasse. Kein Wunder: die österreichischen, oder besser gesagt: die Wiener Massenbewußten Arbeiter sind sich einig. Zwei Drittel der Wiener Bevölkerung wählte sozialdemokratisch. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten ist noch größer. Ferner hat die genossenschaftliche Bewegung 255 000, die Arbeiterparlamentarische Bewegung 206 000 Mitglieder. Mit Recht wird deshalb das alte kaiserliche Wien heute das rote Wien, ja, das rote Herz Europas genannt. Dieses Kraftzentrum der österreichischen Arbeiter beruht vor allem darauf, daß die Arbeiter einig sind und daß es in diesem Land keine kommunistische Partei gibt, die durch ständige verantwortungslöse Wühl- und Gehärdete die Kräfte der Arbeiterbewegung lähmt. Die österreichischen Arbeiter kennen nur eine gemeinsame Lösung: Befreiung der Arbeiterklasse durch Erlämpfung des Sozialismus! Dieses große Ziel vor Augen, einig und geschlossen im Wollen, arbeiten sie so mit einem ganz anderen Eifer gegen ihre wirklichen Gegner, als es bei uns infolge der kommunistischen Quertreiberei möglich ist. Daß der begeisterte Entschluß, den die sozialistische Bevölkerung uns bereitet, nicht nur eine schöne äußere Demonstration war und ist, wurde auch in den folgenden Tagen, in denen sie eine Gastfreundschaft zeigten, die kaum zu überbieten ist, bewiesen. Unbereite, ungenügende Kräfte hatten schon wochenlang vorher die nötigen Vorbereitungen getroffen. Unbereite und tätige Männer und Frauen waren es, die in reiflicher Arbeit tagelang für die Bewirtung und Verpflegung der Beherausende von Gästen in vorbildlicher Weise sorgten. Diese ruhende Haltung muß auch an dieser Stelle als leuchtendes Vorbild hervorgehoben werden.

Ein historischer Augenblick.

Wien ist eine jahrhundertalte Stadt mit großen, breiten Straßen und mächtigen, wohlgeordneten Häuserblöcken, unter denen die zahlreichen Stätten der Kunstpflege und mächtige Stütze früherer politischer Herrschaft einen besonderen Platz einnehmen. Aber trotz dieser Großartigkeit des Stadtbildes waren die Straßen von Wien vollkommen von dem Aufmarsch der sozialistischen Jugendbündler beherrscht. Überall und in langen Ketten marschierte am Freitagmorgen mit trubigem Gesang, rote Fahnen tragend, die Jugend im Gleichschritt auf. Der Heldenplatz, der Hof des früheren kaiserlichen Schlosses, ist das Ziel des Aufmarsches. Mit Staunen und Bewunderung sehe ich von der Treppe herab, wie sich Hunderttausende von verschiedenen Seiten sammeln. Schließlich zeigt sich nur noch ein Meer von roten Fahnen, eine unüberschaubare Menschenmenge in bunten, prächtigen Jugendkleidung. Ein farbenfrohes, seltsames Bild! Internationale Jugend inmitten einer alten kaiserlichen Festung!

Zwischen zwei alten Denkmälern, fünfjähriger und militärischer Art, steht ein roter Turm, von dem herab die roten Fahnen flattern. Ein herrlicher Anblick bietet sich, als am Schluß der Eröffnungsfeier auf den Zinnen des Schlosses die internationale Fahne erscheint und die etwa 40 000 Teilnehmer in verschiedenen Sprachen, aber gemeinsamer Melodie, in ehrlicher und begeisterter Weise die Internationale singen:

„Wörter, hört die Signale!
Auf zum letzten Gehecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht.“

Wie ein vielstimmiger Schwall, so hallt dieser Refrain über den Hofplatz, über den besetzten Platz, über den vor 15 Jahren noch fürstliche Herrscher ihren Kriegszug ertönen ließen. Noch finden sich am Eingang der ehemaligen kaiserlichen Hofburg in goldenen Lettern die Worte: „Franciscus I., Imperator Austriae.“ Noch sind die vielen Brunnen und Denkmäler Zeugen der alten Welt. Aber diese Zeugen sind tot und kalt, sie treten vor dem Lebenswillen der internationalen sozialistischen Arbeiterjugend in den Hintergrund und werden unter dem Massenschritt der Arbeiterbataillone keine Bedeutung mehr erlangen können.

Lebendiger Sozialismus.

Nicht nur die herzlichen Bewerke brüderlicher Solidarität und sozialistischer Beteiligtheit, nicht nur die zahlreicheren Stände der Wiener Sozialdemokratie berechtigen zu der Bezeichnung „Das rote Wien“. Neben jedem Nachzügler muß ein Mauerputzer

Aus der Lausitz.

Drohbriefe gegen unsere organisierten Kumpels.

Wiederholt ist festgestellt, daß von den Hüttengruben, insbesondere die Grube in Göhra und Bismarck in Göhra, gegenüber der organisierten Bergarbeitergewerkschaft allerhand Schikanen ausgeübt wurden. Zunächst ist es die unterschiedliche Behandlung der Arbeiter, die ein gleiches Durchschnittdurchschnittsverhalten hat. Kommt es doch vor, daß bei ein und derselben Arbeit ein organisierter Arbeiter pro Wagen Kohle 48 Pf. erhält, während sein Kollege, der ein Gelber ist (Blümchen, gezogen von Dr. Köhler und Schüler) 50 Pf. pro Wagen bekommt.

Weiter muß festgestellt werden, daß auf Grube Bismarck sogar eine rote Arbeitsabteilung und eine gelbe Arbeitsabteilung besteht. Die Arbeitsverhältnisse in der roten Abteilung sind selbstverständlich entsprechend. Das Gehälte ist, mit kleinen Ausnahmen, so gestellt, daß kaum der Schichtlohn verdient wird. In der gelben Abteilung jedoch bestehen Verhältnisse, wonach man auch als Bergarbeiter menschlich leben kann. Unsere freigestellten Betriebsräte haben wiederholt in Sitzungen darauf hingewiesen, daß die unterschiedliche Behandlung der Arbeiter nicht unüberwindlich ist. Der Erfolg war der, daß man sogar daraufhin unsere organisierten Betriebsräte nach allen Regeln der Kunst maßregelte. Wie die Maßregelung im allgemeinen aussieht, zeigen hauptsächlich die Lohnwochen von Ende Juni und Anfang Juli. So ist festgestellt, daß bei harter Arbeit im Gebirge eine ganze Anzahl freigestellter Tiefbauarbeiter und Schläppler noch nicht den Schichtlohn erhalten. Das Werk selbst sieht es auch nicht für notwendig an, in solchen Fällen, wie es im Tarifvertrag heißt, 10 Prozent über den Schichtlohn auszubehalten.

Die Werksleitung (Betriebsdirektor Dr. Köhler und sein Buchhalter Schüler) glaubt die Sache damit erledigt zu können, daß sie den Kameraden einfach Abwillingkeit und freiwillige Minderleistung vorwirft. Sie scheut sich nicht, sogar Drohbriefe zu verschicken, statt einzufahren, daß ihre barbarische und jeder Sachkenntnis bare Gehaltspolitik allein die Schuld hat.

Wie solche Drohbriefe aussehen, zeigt folgendes Muster:

Göhra N.-S., den 15. Juli 1929.

Herrn A. B., Göhra N.-S.

Herr Obersteiger Heide hat Sie wegen Ihrer schlechten Leistungen schon wiederholt zur Rede gestellt. Sie haben daraufhin erklärt, daß Sie an Ihrer Arbeit nichts auszurufen haben, denn Sie haben eine kurze und gute Fahrt. Sie würden auch mehr leisten, wenn mehr bezahlt würde.

Diese Aufforderung, für welche unser Herr Obersteiger Heide gegebenenfalls mit seinem Eid eintritt, beweist, daß Sie mit Ihrer Leistung offensichtlich zurückfallen. Wir haben Anweisung gegeben, daß Ihnen aus diesem Grund nach wie vor nur das gezahlt wird, was Sie tatsächlich mit Ihren Leistungen verdienen. Auf irgendwelche Nachzahlungen lassen wir uns nicht ein und haben deshalb in der Arbeiterratsitzung am 12. Juli Ihre Lohnforderung abgewiesen.

Ihre passive Resistenz werden wir uns aber keinesfalls mehr gefallen lassen. Sie weigern sich, Ihre volle Arbeitskraft uns zur Verfügung zu stellen.

Auf Grund des Arbeitsvertrages haben wir aber Anspruch darauf, daß Sie das tun. Wir stellen Ihnen hiermit eine Frist bis Dienstag, den 23. d. M. Während dieser Zeit haben Sie Gelegenheit, Ihre passive Resistenz aufzugeben und uns den Beweis zu erbringen, daß Sie gewillt sind, eine bessere Leistung zu bringen und uns Ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Sollte in der angegebenen Frist dies nicht geschehen, so werden wir das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der achtjährigen Kündigungsfrist mit Ihnen lösen und an Ihrer Stelle einen anderen Fördermann annehmen, der ohne Rücksicht auf seine Leistung bringt. Durch Ihre Handlungsweise fügen Sie dem Werk einen großen Schaden zu und Sie können nicht von uns erwarten, daß wir das noch länger mit ansehen. Dr. Köhler.

Wenn im zweiten Absatz des Drohbriefes geschrieben wird, daß der benannte Kumpel seine Leistung zurückhält, muß öffentlich festgestellt werden, daß derselbe Kumpel vor harter Kohle immer noch 35 Wagen und mehr liefert. Wenn Herr Dr. Köhler mit solcher Leistung seinen Dohrartikel hätte erweiden müssen: ob er sich dann dieses schönen Titels hätte rühmen können? Die praktische Arbeit, Herr Dr. Köhler, ist manchmal etwas anderes und ist schwieriger als die Theorie. Besonders trifft das zu bei Theorie und Praxis für Tiefbauarbeiter. Bedrohung und Gewaltstreiche sprechen — nebenbei sei das gesagt — nie für besondere Kunst des Theoretikers. Und Unmögliches für die Praxis sollten auch die Theoretiker nie verlangen. Sollte das der Weg sein, der

Aufbauwille stehen. Daß dieser in erfreulichem Maße in Wien vorhanden ist, zeigte mir am Nachmittag eine Besichtigung der neuen Wohnbauten in Wien unter Führung zweier Gewerkschaftskollegen. Ueber dieses hervorragende einzigartige Werk der sozialistischen Verwaltung in Wien, das im Zusammenhang mit der gesamten Steuerpolitik zu sehen ist, schreibt Felix Kanitz in der Festschrift zum Jugendtag:

Grundlage der sozialistischen Verwaltung in Wien ist die ganz neuartige Steuerpolitik, die in Wien getrieben wird. Im alten Wien wurden die meisten Geldmittel aus der Hauszins- und Verzehrungssteuer aufgebracht. Fast die Hälfte des Mietzinses der Armen, ein guter Teil dessen, was die Mittellosen für Brot anzugehen konnten, floß in die Kassen der Gemeinde. Mit jedem Straßenbahnwagen mußte der Arbeiter Steuer zahlen. Damit ist Schluss gemacht! Die Gemeinde besteuert fast ausschließlich die Besitzenden. Lurus, Vergnügen, Hauspersonal, Automobile, große Wohnungen — das sind jetzt die Hauptertragsquellen. Ein paar Beispiele für viele:

Die Steuern von den Wiener Fußballspielen decken die Kosten der Wiener Kinderhospitäler; die Steuern der vier größten Wiener Konditoreien kommen für die Betriebskosten der Wiener Schul-Jugendkassen auf. Die drei größten Wiener Hotels zahlen soviel Nahrungs- und Genussmittelsteuer — eine Steuer, die nur in den „feinen“ Lokalen eingehoben wird —, daß familiäre Wiener Kinderfreizeiter und Bekanntheitsnamen davon erhalten werden können. Ein einziges „feines“ Restaurant in Wien zahlt soviel von dieser Steuer, daß alle Wiener Schulanfänger davon bezahlt werden können! Für die Arbeiter werden so viele Steuern eingehoben, daß davon die Kosten des höchsten Entbindungshospitals gedeckt werden, und für die Karzele soviel, daß von dem Ertrag alle Kindergärten, Krankenhäuser und Mutterberatungsstellen Wiens erhalten werden können. Und wenn die einheimischen und ausländischen „Spießer“ zum höchsten Deutigen gehen und dort den Wiener Wein verkosten, dann zahlen sie soviel Steuern, daß davon die Betriebskosten der prächtigen Wiener Kindererholungsstätte gedeckt sind. Und solche Steuern mit solcher Besteuerung gibt es noch eine ganze Reihe. Das ist sozialistische Steuerpolitik!

Einem besonders wichtigen Bestandteil der Wiener Steuern selbst die Wohnsteuer. Da der Hausbesitzer in Österreich in Folge des Mietzinsgesetzes nahezu keinen Ertrag von seinen Häusern bezieht, wurde das Recht von den Unternehmern eingestellt. Daher muß die Gemeinde haben. Würde sie zu diesem Zweck eine Steuer aufnehmen, so müßte sie das entsprechende Kapital und die

für Herrn Dr. Köhler allein übrig bleibt, dann müssen wir eben das Arbeitsgericht in Finsterwalde entscheiden lassen.

Wenn Herr Dr. Köhler in Absatz 3 Satz 3 seines Briefes schreibt, „das Werk habe Anspruch, daß der Arbeiter seine volle Arbeitskraft dem Werk zur Verfügung stellt“, so mag das stimmen, aber es muß hinzugefügt werden, daß auch für das Werk die Pflicht besteht, an der Arbeitskraft keinen Ruinbau zu treiben, sondern für ihre Erhaltung in ausreichender Weise zu sorgen. Dazu gehört in erster Linie ein Lohn, der in gerechter Ungleichung an die Leistung und nicht an die Gesinnung — freigeistlich oder gelb — zu gewähren ist.

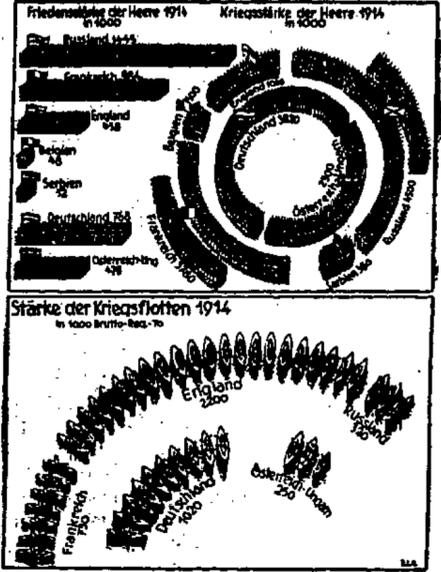
Der Arbeiter der genannten Gruben sei gesagt, daß sie selbst zum Teil daran schuld ist, daß sie so behandelt wird, weil sie den freien Organisationen größtenteils noch fernsteht. Kameraden, hier heißt die Parole: Organisiert euch geschlossen im Bergbauindustriearbeiterverband, damit wir auch Herrn Dr. Köhler und nicht zuletzt Herrn Schüler beweisen können, daß auch der freigestellte Arbeiter ein Recht hat, als Mensch behandelt zu werden!

Aus dem Revier Borna.

Arbeitervergiftung auf dem Kohlenwert Wignitz.

Am 28. Juni wurde auf dem Wignitzer Kohlenwert bei Borna das Betriebsratsmitglied Joachim, ein Werksgemeinschaftler, derart vergiftet, daß er in bedauerlichem Zustande in das Bornaer Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Tatbestand ist kurz

Heeres- und Flottenstärken 1914



Die Heeres- und Flottenstärke 1914.

Die Landstreitkräfte Deutschlands und Österreich-Ungarns zählten 1914 6 122 000 Köpfe. Ihnen standen auf der Seite Englands, Frankreichs und Russlands 9 281 000 Köpfe im Felde gegenüber. Die Flotte des Dreiverbandes zählte 43, die Deutschlands und Österreich-Ungarns 20 Großkampfschiffe. Der Gesamttonnengehalt der Flotte des Dreiverbandes betrug 3 264 000, derjenige Deutschlands und Österreich-Ungarns 1 268 000.

folgender: Joachim wurde kurz nach Schichtbeginn von einem Unwohlsein befallen. Er begab sich zur Sanitätsstube, wo ihm — man soll es nicht für möglich halten! — Ujzol verabreicht wurde. Die Vergiftung ist eine derartige, daß das Schlimmste zu befürchten ist.

Was heute dem einen zugestoßen ist, kann morgen einem anderen passieren. Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die Schuldfrage geklärt wird. Das Werk hat trotz seiner 800 Belegschaftsmitglieder keinen gelernten oder geprüften Sanitäter. Ein über 60 Jahre alter Mann, der die Kalfatterdienste verrichtet, verweist nebenbei auch das Sanitätswesen, obwohl er nach eigenen

Worten davon gar keine Ahnung hat. Dem alten Mann kann man nicht, auch wenn man es von gewisser Seite gern möchte, verantwortlich machen. Die Verantwortung ist vielmehr zu suchen. Im März machten die freigeistlichen Betriebsratsmitglieder die Direktion auf die unheilbaren Zustände des Sanitätswesens aufmerksam und regten als unbedingt notwendig an, vier Mann im Sanitätswesen auszubilden. Dies wurde seitens der Direktion zur Kenntnis genommen. Nach mehrmaligen Erinnerungen durften vier Mann zur Ausbildung vorgeschlagen werden. Dabei ist es trotz aller Anfragen und Hinweise unserer Betriebsratsmitglieder, das Sanitätswesen auszubilden, waren somit vergebens. Ein Standa ist es, daß auf diese Art und Weise Menschen zugrunde gerichtet werden. Die Zustände erinnern an mittelalterliche Zeiten. Wir sind neugierig, was unsere Bergbehörde zu diesem Vergiftungsfall zu sagen hat.

Aus Niederschlesien.

Kommunistische Dredfinten.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Kommunisten heute in derselben Manier die Führer der Arbeiterkraft verleumben, wie es früher die Gelben taten. Was sich aber das Breslauer Kassenblatt, genannt „Schlesische Arbeiterzeitung“, gegen mich erlaubt, ist so schamlos, daß es sich lohnt, es allen Mitgliedern mitzuteilen. Unter der Rubrik: „Mit der Grubenfunze durch das Waldenburger Land“ wird in der Nummer vom 9. Juli geschrieben: „Die Kumpels dürften Interesse daran haben, zu erfahren, daß ihr alter Führer Hermann Hoffmann auf vier Wochen nach Bayern zur Erholung von dem harten, aufreibenden Kampf um die vierprozentige Lohnsteigerung gefahren ist. Verglumbelt, wieviel Wochen Erholungsurlaub bekommt ihr nach eurer gefährlichen und gesundheitsraubenden Arbeit? Wenige Tage sind es, und auch da fehlt euch das Geld, euch aus euren vier Wänden wegzubewegen, geschweige denn eine wenn auch noch so kleine Reise zu riskieren.“

Wenn eine Zeitung und eine Partei in so plumber und gemeiner Form an die niedrigsten Instinkte der Menschen appelliert, so muß diese selbst bis ins Mark verfault sein. Um bei den Unorganisierten Eindruck zu schinden, bedient man sich, genau wie die früheren Reichsruhen, solch erbärmlicher Mittel, um sie vom Eintritt in den Verband abzuhalten. Was an der ganzen Geschichte wahr ist und was auch dem Artikelschreiber bekannt sein muß, ist folgendes: Die Sozialversicherung gewährt seit Jahrzehnten zur Verhütung vorzeitiger Invalidität Gelder. Das geschieht von der Kranken-, Unfall-, und Angefallenenversicherung. Auch ich habe auf Antrag eine Kur in einem Sanatorium in Reichenhall bekommen. Der Bewilligung eines Heilverfahrens geht eine strenge vertrauensärztliche Untersuchung voraus. Das weiß auch der Verleumder des Breslauer Irrwissens. Die Reichsanzahl der Angefallenenversicherung geht in dieser Hinsicht besonders streng vor. Der Verleumder kann also beruhigt sein, mein Gesundheitszustand machte die Kur schon notwendig.

Zu den Verleumdungen möchte ich dem erbärmlichen Verleumder folgendes ins Stammbuch schreiben: Die Knappschicht bewilligt jährlich mehr als tausend Heilverfahren in unserem eigenen Sanatorium. Bei einer Revision in Bad Langenau habe ich auch führende kommunistische Namen, so den Kameraden Sornitz gefunden. Ich frage: Hat Ihnen die Grube trotz der vierwöchigen Kur die Ferien entzogen? Kein Mensch denkt daran, wenn ich aber nach zehnjähriger Tätigkeit, in der ich nur in einem Jahr zwei Wochen ununterbrochen Ferien machen konnte, eine Kur zur Wiederherstellung meiner Gesundheit mache, dann kommen die Verleumder der KPD und rühren an die niedrigsten Instinkte ihrer Gleichgesinnten. Zu meiner Freude habe ich in Reichenhall auch Kumpel von der Ruhrknappschicht gefunden. Auch darunter waren fromme KPDisten. Ich bin neugierig, was die zu der Verleumdung, die ja auch sie trifft, sagen werden.

Mit Erholungsurlaub und Ferienreise und was die Waldenburger Grubenfunze sonst noch darin sieht, hat das also nichts zu tun.

Eine solch schmutzige Kampfesweise und elende Verleumdung muß aber hier gehängt werden, damit alle Verbandskameraden erkennen, welche verblumpte Gesinnung in den Reihen der KPD herrscht und daß derselben alle Mittel recht sind, um die Arbeiterschaft zu zersplittern. Hermann Hoffmann, Bezirksleiter.

zins zahlen müßten. Deshalb baut die Gemeinde aus Steuergebern und hat dadurch die Mieten sehr niedrig. Diese Steuergebern kommen aus der Wohnbausteuer, die jeder Wiener, der eine Wohnung hat, bezahlen muß. Allerdings: es zahlt keine nicht jeder gleich viel. Es gibt sehr viele Arbeiter, die für ihre kleinen Wohnungen 80 Groschen zahlen. Aber für Paläste oder Villen müssen monatlich 2000 bis 3000 Schilling bezahlt werden! 519 000 billige und kleine Wohnungen leisten nur 22 Prozent dieser Steuer, das sind rund 660 000 Schilling, aber 89 Paläste, Villen und Wohnhäuser allein müssen über 4 Millionen Schilling bezahlen!

Und die so auf gerechte Weise eingehobene Wohnbausteuer wird im ganzen dem schönsten Werke der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung zugeführt: mit diesem Gelde baut die Gemeinde ihre Volkswohnungen. Bisher hatte die Gemeinde schon über 40 000 gute und lichte Wohnungen gebaut, Wohnungen, in denen gesunde und frohe Kinder aufwachsen, Wohnungen, die nicht nur Brustkulturen der Tuberkulose und des Alkoholismus sein werden, wie die „Wohnungen“, die einstmals Wiener Hausbesitzer gebaut haben. Und 20 000 solcher Wohnungen werden in den nächsten drei Jahren noch gebaut werden.

Der Höhepunkt.

Der strahlendste Festtag, den Wien je gesehen hat. Die rote Jugend der ganzen Welt grüßt das rote Wien. Hunderttausende im Spalier. So berichtet die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ über den Aufmarsch der Jugend am 14. Juli. In der Tat — Worte sind zu arm, und auch die schönsten Bilder können den Verlauf und die Begeisterung der Kundgebungen nicht wiedergeben. Zunächst die Feier vor dem riesigen Rathausplatz. Von allen Seiten strömt die Jugend auf den Heldenplatz ein; von einer Seite die Wiener Arbeiterturner und -turnerinnen, vom Burgtheater kommend, der gewaltige Zug der Deutschen. Vom Freiheitsplatz in herrlichstem Farbenspiel. Das Rot der wehenden Sturmfahnen vereinigt sich mit dem Blau, Grün, Braun und Rot der Farben, dem Weiß der Turnerkraft, und diese Einfälle der Farben vermählt sich mit den Klängen der einmütig erklingenden Musikchellen.

Fanzaren vom Rathaussturm verbanden den Beginn der Feier, sechsundert Jugendliche singen, dann spricht als erster Friedrich Adler. Er erinnert an die historische Bedeutung des 14. Juli in der sozialen europäischen Geschichte: 14. Juli 1789 Beginn der großen französischen Revolution; hundert Jahre später tagt in Paris die Sozialistische Internationale, die die internationale Arbeiter und den Kampf um die Erreichung des Achtstundentages

beschließt. Damals schwache Ansätze, heute machtvolle Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Als zweiter Redner überbringt Citrine vom Internationalen Gewerkschaftsbund die Grüße von 14 Millionen organisierten Arbeiter. Otto Bauer als dritter spricht: „Vor vierzig Jahren ist die sozialistische Internationale entstanden. Heute wollen wir uns geloben, unser Leben der Aufgabe zu weihen, eine allumfassende Internationale zu erobern. Vor fünfzig Jahren ist hier, gegenüber diesem Platz, in dem unruhigen Gelände auf dem Ballhausplatz, von drei Grafen und Generalen der Beschluß gefaßt worden, die Welt in Flammen zu setzen. Heute, Genossen, wollen wir uns geloben, daß es keinem Grafen und keinem General und keinem Kapitalisten jemals gelingen soll, uns dazu zu zwingen, daß wir die Waffen gegeneinander führen.“ Noch zwei Redner ergreifen das Wort, dann ertönt als gemeinsames Lied erneut „Die Internationale“.

Kann gruppieren sich die ersten Kolonnen, der Festzug beginnt. 50 000 Jugendliche marschieren! Meistens zu zehn in einer Reihe, und trotzdem dauert der Vorbeimarsch nahezu drei Stunden. Eine unendliche Masse! Hunderttausende stehen an den Straßen Spalier — schauen — staunen — werden nüchtern von der Lebensfreude und singenden Jugend. Welch herrlicher Anblick! Und doch hat man es vor 15 Jahren fertiggebracht, allein in Deutschland 40mal soviel junge Kräfte in Krieg, Tod und Verbannung zu schicken. Die österreichische Jugend kennt, vertraut und ehrt ihre Führer. Auch das bewies der Aufmarsch am 14. Juli auf ganz einmütige Weise. Die führenden Genossen standen nämlich auf einem freien Platz und ließen die Marschkolonnen vorbeiziehen. Unzählige Hoch- und Freundschaftsrufe der Jugend zeigten, wie stark und innig sich die junge Generation mit den führenden Vertrauensmännern der Bewegung verbunden fühlt. Kein Wunder, wenn umgehört auch die großartigen Führer sich für die Jugend ein warmes und liebevolles Herz bewahrt haben. Auch hier ist es der Geist der Einheit, der diese Begeisterung und Verbundenheit schafft.

Reich an neuen Eindrücken, aufs neue begeistert von dem machtvollen Werden der internationalen sozialistischen Bewegung, begeistert vor allem von den Früchten der sozialistischen Arbeit in Wien, trete ich die Rückreise an. Mein Zug führt mich durch die unbeschreiblich schöne Berg- und Seenuwelt des österreichischen Landes. Herrliche Wälder, grüne Seen, weiße Berggipfel, umgeben von einem wunderbar blauen Himmel, rauschende Bergbäche und andere schöne Eigenarten locken zum Verweilen, zur Erholung. Aber wie alle, so muß auch ich zurück ins Augenmerk an die Stelle der Arbeit.

Arbeiterbewegung

Bierzig Jahre Mühlenarbeiterorganisation.

Ungefähr zu gleicher Zeit wie unser Verband entstand die Organisation der deutschen Mühlenarbeiter. Sie wurde auf Anregung aus Hamburg im Juni 1889 in Altona gegründet und hatte im ersten Jahre 2000 Mitglieder. Der Kampf um eine menschenwürdige Arbeitszeit war der wichtigste für den neuen Verband. Bis zum Jahre 1892 gab es nur in wenigen Dampf- und Wassermühlen, sonst wurde 16, 18 Stunden gearbeitet, oft 24, ja 36 Stunden hintereinander. Sonntagarbeit war selbstverständlich. Im Lohn wurden neben Kost und Logis 4 bis 5 M. wöchentlich gezahlt. Jahrelang war der Kampf um Arbeitszeitverkürzung ergebnislos. Aus eigener Kraft konnten die Müller nichts erreichen und die Gesetzgebung versagte.

Im Jahre 1891 ging die Petitionskommission des Reichstags über den Antrag auf Sonntagsruhe für die Mühlenarbeiter zur Tagesordnung über! Erst 1897 gab es amtliche Untersuchungen über die Arbeitszeit, die ungläubliche Zustände feststellte. Die Reichsregierung war demzufolge gezwungen, dem Bundesrat eine Verordnung zu unterbreiten, nach der die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit begrenzt wurde, und zwar, daß in Getreidemühlen den Gehilfen und Lehrlingen innerhalb der auf den Beginn ihrer Arbeit folgenden 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden zu gewähren sei. Lehrlinge unter 16 Jahren durften in Getreidemühlen aller Art nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens beschäftigt werden. Diese Regelung erstreckte sich nur auf die Wasser- und Dampf- und Wassermühlen, während in den Windmühlen alles beim alten blieb.

Später (1916) verschmolz sich der Verband mit dem Brauereiarbeiterverband. Die moderne Technik brachte große Veränderungen in der Mühlenindustrie, heute gehören ihre Arbeiter dank der Organisation nicht mehr zu den eckeldest bezahlten und beschäftigten Proletariats wie 1889.

Der Deutsche Verkehrsband

Im vergangenen Jahre 38 925 Mitglieder gewonnen. Damit liegt seine Mitgliederzahl Ende 1928 auf 890 860 Mitglieder. Die Gesamtsumme des Jahres im Betrage von 14 507 828 Mark legt von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes Zeugnis ab. Das Barvermögen der Organisation belief sich am Jahresabschluss auf 4 969 712 M. Rund 5,5 Millionen Mark für Unterstützungen wurden 1928 ausbezahlt, davon allein für Streik- und Gemeinwohlunterstützung die respektable Summe von 2 420 526 Mark.

Insgesamt wurden 1867 Lohnbewegungen durchgeführt, von denen 408 Drie, 43 Tarifverträge, 6 Streikgebiete und das Gebiet der Nord- und Ostsee erfaßt wurden. Die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Personen belief sich auf 539 166. Neben vielen anderen Erfolgen, die sich auf die Regelung der Arbeitszeit und der sonstigen Arbeitsverhältnisse beziehen, gelang es, durch die Bewegungen eine Lohnverbesserung von insgesamt 1 589 400 M. pro Woche für 498 990 Beteiligte durchzusetzen. Ende des Jahres hatte der Deutsche Verkehrsband 966 Tarifverträge für 44 546 Betriebe mit 535 604 Beschäftigten in Geltung. Auch auf den übrigen weitverzweigten Gebieten der Interessensvertretung seiner Mitglieder hat der Deutsche Verkehrsband aktiv gewirkt und gute Arbeit geleistet.

Verbandstag der Kupferschmelze.

Der Kupferschmelzeverband zählt zu den kleinsten Gewerkschaftsorganisationen. Dennoch besitzt er eine gewisse Stärke, weil er als reine Berufsorganisation einen hohen Prozentsatz der vorhandenen Kupferschmelze in seinen Reihen vereinigt. Bei dem Beschäftigtenstand und anderen Großkämpfen, die der Verband mit ausgetragen hatte, waren die Kupferschmelze zu 95 Prozent organisiert. In der Berichtperiode, über die der Vorsitzende Otto Fahrmarkt berichtete, konnte der Verband seine Mitgliederzahl von 6269 auf 7185 oder um 15 Prozent steigern. Ferner gelang es, die tariflichen Löhne im Durchschnitt um 20 Prozent zu erhöhen. Außerdem wurde die Organisation durch die großen Kämpfe. In Unterstützungen wurden 1928 75 Prozent der Jahresbeiträge ausgegeben. Trotzdem war es möglich, mit einem Kassenbestand von 151 000 M. abzuschließen. Solche Gewerkschaften bilden eine Organisation aus, die über eine Tradition und starke innere Festigkeit verfügt.

Das Hauptthema des Verbandstages bildete die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Von letzterem war der Vorsitzende Brandes antragend. Kollege Reichel vom Metallarbeiterverband verteidigte den Bundesverband des MGV. Nach einer längeren Aussprache wurde die Verschmelzung, welche eine baldige Urabstimmung über die Verschmelzung forderte und eine einfache Mehrheit voraussetzte, abgelehnt. Dafür wurde die Entscheidung der Statutenkommission angenommen, die den Zusammenschluß mit dem Metallarbeiterverband für geboten erachtet und einen baldigen Abschluß der Verhandlungen erwartet. Der Zentralverband wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband vorzunehmen. Diese Entscheidung wurde einstimmig angenommen. Des ferneren gelangte die Inhabitenunterstützung zur Einführung.

Verband der Bergarbeiter Deutschösterreichs im Jahre 1928.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschösterreichs geht hervor, daß die Bergarbeiter auch im vergangenen Jahre unter der Krise zu leiden hatten. Trotz einer erhöhten Kohlenproduktion waren zu Beginn des Jahres 1928 über 2000 und Ende desselben 1580 Arbeitslose vorhanden. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter betrug rund

13 000 Mann. Seit 1922 wurden daher über 10 000 Bergarbeiter entlassen. Die Gesamtproduktion ist aber bei vermindelter Belegschaft gegenüber 1922 um 195 000 T. gestiegen. Die Nationalisierung bedeutet auch im österreichischen Bergbau: Bei kleinerer Belegschaft höhere Leistung, oder in anderen Worten: erhöhte Ausbeutung des Arbeiters.

Für die Organisationsarbeit war die Lage im Bergbau keine günstige. Die Wirtschaftskrise auf der einen Seite mit ihren Folgen von Entlassungen und Festschichten und der Zerschlagung der Unternehmungen auf der anderen Seite erschwerten die Tätigkeit des Verbandes sehr. Dazu kam, daß die Geleiten, Betriebsräte und nicht zuletzt die Herren Kommunisten den Verband in der ordnungsmäßigen Weise bekämpften. Der Mitgliederstand hat sich infolge dieser Umstände gegenüber dem Vorjahre etwas verringert und betrug Ende 1928 rund 10 000.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen 1928 rund 571 800 Schilling. Davon wurden allein für Unterstützungen 216 200 Schilling und für die Fachpresse und Bildungszwecke 47 800 Schilling wieder ausgegeben. Für Rechtschutz wurden 21 900 Schilling gebraucht.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschösterreichs hatte 1928 eine Reihe von Lohnbewegungen und Streiks geführt, die zum Teil mit gutem Erfolg für die Bergarbeiter abgeschlossen wurden. Die Unternehmer zeigten sich sehr schammacherisch und setzten vor allem auch gegen die Bergarbeiterversicherung mit ihrem Kampfe ein. Sie verlangten, daß die Versicherungsbeiträge der Bergarbeiter abgebaut werden, damit sie weniger an Beiträgen zu zahlen brauchen. Bisher hatten die Herren allerdings kein Glück. Um die Bergarbeiterorganisation zu schwächen, führten die Werkherren sowohl die Heimkehrorganisation, als auch die gelbe „unabhängige Gewerkschaft“. In der Öffentlichkeit leugnen die Werkherren jedoch, daß sie diese Sumpfpflanzen unterhalten. Dennoch ist es eine bekannte Tatsache und in den Verhandlungen der Unternehmer geben die Generaldirektoren bekannt, was die Gesellschaften durch die gelben und nationalsozialistischen Organisationen erfahren, und welche Vorteile sie für die Unternehmungen haben. Gegen die Mitglieder der freien Gewerkschaft wird dagegen mit dem ängstlichen Terror vorgegangen. Die Bergarbeiter haben aber doch zum größten Teil standhaft, und bei den letzten Betriebsrätewahlen wurde die liberale Mehrheit der Stimmen für die Kandidaten der freien Gewerkschaft abgegeben.

Die Kohlenproduktion Deutschösterreichs betrug 1928 am Braunkohle 32 676 310 Meterzentner und an Steinkohle 2 020 980 Meterzentner. Die Kohlenexport betrug 5 712 009 T., davon waren 392 557 T. Braunkohle. Der inländische Kohlenbergbau deckte 31 Prozent des Bedarfs. Außer dem Kohlenbergbau wurden in Deutschösterreich noch Kiese (19 131 000 Meterzentner), Kieserze (82 569 000 Meterzentner), Kupfererze, Zinkerze, Silbererze, Schwefel- und Quecksilber gewonnen.

Schluß des redaktionellen Teils.

Pflaumen und Ruder, nahrhafte Stoffe, die die Wissenschaft ständig als Nahrungsmittel propagiert, sind die einzigen Bestandteile des gewöhnlichen Pflaumenmuses, das die Konfektfabrik Heinrich Eckstein, Magdeburg N. 117, die ständig in unserem Blatte inseriert, herstellt. War früher Pflaumenmus ein begehrtes Luftfruchtmittel, so ist es heute noch in verfeinertem Maßstabe dazu geeignet, ein Nahrungsmittel zu werden. Neben seinem großen Nährwert und gutem Geschmack hat Pflaumenmus den Vorteil der Preiswürdigkeit gegenüber den anderen Luftfruchtmitteln wie Butter usw. Probieren Sie bitte einmal „Eckstein-Pflaumenmus“ und auch Sie werden sich bald zu den fast 200 000 zufriedenen Kunden zählen.

Warum

gab es während des Krieges kein Fleisch?

- Die Herde waren eingezogen.
- Die Hammel wurden ausgebildet.
- Die Dohlen waren an der Front.
- Die Schweine waren in der Stappe.
- Die Bode waren im Lazarett.
- Die Gänse waren in der Fabrik.
- Die Gel waren an der Regierung.
- Das übrige Rindvieh zeichnete Kriegsanleihe.

PRIEMKENNER FINDEN DEN

GEG Kautabak

Im Geschmack würziger als jede andere Marke

Jeder Genossenschaftler priemt daher nur den billigen

GEG-KAUTABAK AUS DEM KONSUMVEREIN

Maskwaren aller Art, billig und gut! Zehntaus. Nachbestellung sind d. beste Beweis

Woll & Comp., Mühlengasse 14, Nr. 687
Gz. Katalog m. Abb. 600 Abb. Viele Taus. Dankesch. Auftr. v. M. 10. an portofr. Schallpl. v. M. 1.60 an

Grubenschuhe
Nr. 40-46 gut beschlag. 2 Paar 16 Mark.

Schallstiele
Nr. 40-45, m. Kernleder Doppelsohle. 1 Paar 14 Mark. 2 Paar 27 Mark frank. gegen Nachnahme.

Zu jeder Bestellung gebe 1 Paar ff. Hosen-träger gratis.

Georg Schmidt, Lederwarenfabrik Remagen am Rh. 55.

Gefertigte Griffenz
durch Anbringung einer Motor-Bandlage zum Drehen. Eine dazu. Mögliche billig und zu günstigen Bedingungen abzugeben. Schöler & Rohmann Kassel 19

Alle Gummwaren
und hygienischen Artikel für alle hygienischen Bedarf. Bei Versandgabe Preislisten gratis. G.J. Hess, Leipzig 103 Unt. Münsterstr. 20

Arcona-Räder
Die Präzisionsmarke für Beruf und Sport. Motorräder, Zubehörteile, Musikinstrumente, Geschenkartikel und Wirtschaftsgüter.

Katalog 360 Seiten stark m. 5500 Abbildg. Bei Versandgabe stark m. 5500 gratis u. f. r.

Ernst Machnow Berlin, Weidenhofstr. 14
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Kastenwagen
Untergestell pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft 25 Mark franko.

Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)

Billige böhmische Bettfedern
vom Gänsezüchter!

Vertrauliches, best-realistes christliches Haus!

1 Pfund große Halb-bleichefedern 2,00 u. 1. —, halbweiße gefüllte 2,20, weiße, flaumige 2,20, 2,50 und 3. —, herriestische-bleiche-Halbblau 2,50 — und 5,75, ungebleichte weiße, feine 2,50, 3,50 u. 4. —, Dönnen, große, feine 2,50, 3. —, 5. — und 5,75, weiße 2,50, hochjeilte 2,50, 3. —, 5. —, 7. —, 10. —, 12. —, 15. —, 20. —, 25. —, 30. —, 35. —, 40. —, 45. —, 50. —, 55. —, 60. —, 65. —, 70. —, 75. —, 80. —, 85. —, 90. —, 95. —, 100. —, 105. —, 110. —, 115. —, 120. —, 125. —, 130. —, 135. —, 140. —, 145. —, 150. —, 155. —, 160. —, 165. —, 170. —, 175. —, 180. —, 185. —, 190. —, 195. —, 200. —, 205. —, 210. —, 215. —, 220. —, 225. —, 230. —, 235. —, 240. —, 245. —, 250. —, 255. —, 260. —, 265. —, 270. —, 275. —, 280. —, 285. —, 290. —, 295. —, 300. —, 305. —, 310. —, 315. —, 320. —, 325. —, 330. —, 335. —, 340. —, 345. —, 350. —, 355. —, 360. —, 365. —, 370. —, 375. —, 380. —, 385. —, 390. —, 395. —, 400. —, 405. —, 410. —, 415. —, 420. —, 425. —, 430. —, 435. —, 440. —, 445. —, 450. —, 455. —, 460. —, 465. —, 470. —, 475. —, 480. —, 485. —, 490. —, 495. —, 500. —, 505. —, 510. —, 515. —, 520. —, 525. —, 530. —, 535. —, 540. —, 545. —, 550. —, 555. —, 560. —, 565. —, 570. —, 575. —, 580. —, 585. —, 590. —, 595. —, 600. —, 605. —, 610. —, 615. —, 620. —, 625. —, 630. —, 635. —, 640. —, 645. —, 650. —, 655. —, 660. —, 665. —, 670. —, 675. —, 680. —, 685. —, 690. —, 695. —, 700. —, 705. —, 710. —, 715. —, 720. —, 725. —, 730. —, 735. —, 740. —, 745. —, 750. —, 755. —, 760. —, 765. —, 770. —, 775. —, 780. —, 785. —, 790. —, 795. —, 800. —, 805. —, 810. —, 815. —, 820. —, 825. —, 830. —, 835. —, 840. —, 845. —, 850. —, 855. —, 860. —, 865. —, 870. —, 875. —, 880. —, 885. —, 890. —, 895. —, 900. —, 905. —, 910. —, 915. —, 920. —, 925. —, 930. —, 935. —, 940. —, 945. —, 950. —, 955. —, 960. —, 965. —, 970. —, 975. —, 980. —, 985. —, 990. —, 995. —, 1000. —, 1005. —, 1010. —, 1015. —, 1020. —, 1025. —, 1030. —, 1035. —, 1040. —, 1045. —, 1050. —, 1055. —, 1060. —, 1065. —, 1070. —, 1075. —, 1080. —, 1085. —, 1090. —, 1095. —, 1100. —, 1105. —, 1110. —, 1115. —, 1120. —, 1125. —, 1130. —, 1135. —, 1140. —, 1145. —, 1150. —, 1155. —, 1160. —, 1165. —, 1170. —, 1175. —, 1180. —, 1185. —, 1190. —, 1195. —, 1200. —, 1205. —, 1210. —, 1215. —, 1220. —, 1225. —, 1230. —, 1235. —, 1240. —, 1245. —, 1250. —, 1255. —, 1260. —, 1265. —, 1270. —, 1275. —, 1280. —, 1285. —, 1290. —, 1295. —, 1300. —, 1305. —, 1310. —, 1315. —, 1320. —, 1325. —, 1330. —, 1335. —, 1340. —, 1345. —, 1350. —, 1355. —, 1360. —, 1365. —, 1370. —, 1375. —, 1380. —, 1385. —, 1390. —, 1395. —, 1400. —, 1405. —, 1410. —, 1415. —, 1420. —, 1425. —, 1430. —, 1435. —, 1440. —, 1445. —, 1450. —, 1455. —, 1460. —, 1465. —, 1470. —, 1475. —, 1480. —, 1485. —, 1490. —, 1495. —, 1500. —, 1505. —, 1510. —, 1515. —, 1520. —, 1525. —, 1530. —, 1535. —, 1540. —, 1545. —, 1550. —, 1555. —, 1560. —, 1565. —, 1570. —, 1575. —, 1580. —, 1585. —, 1590. —, 1595. —, 1600. —, 1605. —, 1610. —, 1615. —, 1620. —, 1625. —, 1630. —, 1635. —, 1640. —, 1645. —, 1650. —, 1655. —, 1660. —, 1665. —, 1670. —, 1675. —, 1680. —, 1685. —, 1690. —, 1695. —, 1700. —, 1705. —, 1710. —, 1715. —, 1720. —, 1725. —, 1730. —, 1735. —, 1740. —, 1745. —, 1750. —, 1755. —, 1760. —, 1765. —, 1770. —, 1775. —, 1780. —, 1785. —, 1790. —, 1795. —, 1800. —, 1805. —, 1810. —, 1815. —, 1820. —, 1825. —, 1830. —, 1835. —, 1840. —, 1845. —, 1850. —, 1855. —, 1860. —, 1865. —, 1870. —, 1875. —, 1880. —, 1885. —, 1890. —, 1895. —, 1900. —, 1905. —, 1910. —, 1915. —, 1920. —, 1925. —, 1930. —, 1935. —, 1940. —, 1945. —, 1950. —, 1955. —, 1960. —, 1965. —, 1970. —, 1975. —, 1980. —, 1985. —, 1990. —, 1995. —, 2000. —, 2005. —, 2010. —, 2015. —, 2020. —, 2025. —, 2030. —, 2035. —, 2040. —, 2045. —, 2050. —, 2055. —, 2060. —, 2065. —, 2070. —, 2075. —, 2080. —, 2085. —, 2090. —, 2095. —, 2100. —, 2105. —, 2110. —, 2115. —, 2120. —, 2125. —, 2130. —, 2135. —, 2140. —, 2145. —, 2150. —, 2155. —, 2160. —, 2165. —, 2170. —, 2175. —, 2180. —, 2185. —, 2190. —, 2195. —, 2200. —, 2205. —, 2210. —, 2215. —, 2220. —, 2225. —, 2230. —, 2235. —, 2240. —, 2245. —, 2250. —, 2255. —, 2260. —, 2265. —, 2270. —, 2275. —, 2280. —, 2285. —, 2290. —, 2295. —, 2300. —, 2305. —, 2310. —, 2315. —, 2320. —, 2325. —, 2330. —, 2335. —, 2340. —, 2345. —, 2350. —, 2355. —, 2360. —, 2365. —, 2370. —, 2375. —, 2380. —, 2385. —, 2390. —, 2395. —, 2400. —, 2405. —, 2410. —, 2415. —, 2420. —, 2425. —, 2430. —, 2435. —, 2440. —, 2445. —, 2450. —, 2455. —, 2460. —, 2465. —, 2470. —, 2475. —, 2480. —, 2485. —, 2490. —, 2495. —, 2500. —, 2505. —, 2510. —, 2515. —, 2520. —, 2525. —, 2530. —, 2535. —, 2540. —, 2545. —, 2550. —, 2555. —, 2560. —, 2565. —, 2570. —, 2575. —, 2580. —, 2585. —, 2590. —, 2595. —, 2600. —, 2605. —, 2610. —, 2615. —, 2620. —, 2625. —, 2630. —, 2635. —, 2640. —, 2645. —, 2650. —, 2655. —, 2660. —, 2665. —, 2670. —, 2675. —, 2680. —, 2685. —, 2690. —, 2695. —, 2700. —, 2705. —, 2710. —, 2715. —, 2720. —, 2725. —, 2730. —, 2735. —, 2740. —, 2745. —, 2750. —, 2755. —, 2760. —, 2765. —, 2770. —, 2775. —, 2780. —, 2785. —, 2790. —, 2795. —, 2800. —, 2805. —, 2810. —, 2815. —, 2820. —, 2825. —, 2830. —, 2835. —, 2840. —, 2845. —, 2850. —, 2855. —, 2860. —, 2865. —, 2870. —, 2875. —, 2880. —, 2885. —, 2890. —, 2895. —, 2900. —, 2905. —, 2910. —, 2915. —, 2920. —, 2925. —, 2930. —, 2935. —, 2940. —, 2945. —, 2950. —, 2955. —, 2960. —, 2965. —, 2970. —, 2975. —, 2980. —, 2985. —, 2990. —, 2995. —, 3000. —, 3005. —, 3010. —, 3015. —, 3020. —, 3025. —, 3030. —, 3035. —, 3040. —, 3045. —, 3050. —, 3055. —, 3060. —, 3065. —, 3070. —, 3075. —, 3080. —, 3085. —, 3090. —, 3095. —, 3100. —, 3105. —, 3110. —, 3115. —, 3120. —, 3125. —, 3130. —, 3135. —, 3140. —, 3145. —, 3150. —, 3155. —, 3160. —, 3165. —, 3170. —, 3175. —, 3180. —, 3185. —, 3190. —, 3195. —, 3200. —, 3205. —, 3210. —, 3215. —, 3220. —, 3225. —, 3230. —, 3235. —, 3240. —, 3245. —, 3250. —, 3255. —, 3260. —, 3265. —, 3270. —, 3275. —, 3280. —, 3285. —, 3290. —, 3295. —, 3300. —, 3305. —, 3310. —, 3315. —, 3320. —, 3325. —, 3330. —, 3335. —, 3340. —, 3345. —, 3350. —, 3355. —, 3360. —, 3365. —, 3370. —, 3375. —, 3380. —, 3385. —, 3390. —, 3395. —, 3400. —, 3405. —, 3410. —, 3415. —, 3420. —, 3425. —, 3430. —, 3435. —, 3440. —, 3445. —, 3450. —, 3455. —, 3460. —, 3465. —, 3470. —, 3475. —, 3480. —, 3485. —, 3490. —, 3495. —, 3500. —, 3505. —, 3510. —, 3515. —, 3520. —, 3525. —, 3530. —, 3535. —, 3540. —, 3545. —, 3550. —, 3555. —, 3560. —, 3565. —, 3570. —, 3575. —, 3580. —, 3585. —, 3590. —, 3595. —, 3600. —, 3605. —, 3610. —, 3615. —, 3620. —, 3625. —, 3630. —, 3635. —, 3640. —, 3645. —, 3650. —, 3655. —, 3660. —, 3665. —, 3670. —, 3675. —, 3680. —, 3685. —, 3690. —, 3695. —, 3700. —, 3705. —, 3710. —, 3715. —, 3720. —, 3725. —, 3730. —, 3735. —, 3740. —, 3745. —, 3750. —, 3755. —, 3760. —, 3765. —, 3770. —, 3775. —, 3780. —, 3785. —, 3790. —, 3795. —, 3800. —, 3805. —, 3810. —, 3815. —, 3820. —, 3825. —, 3830. —, 3835. —, 3840. —, 3845. —, 3850. —, 3855. —, 3860. —, 3865. —, 3870. —, 3875. —, 3880. —, 3885. —, 3890. —, 3895. —, 3900. —, 3905. —, 3910. —, 3915. —, 3920. —, 3925. —, 3930. —, 3935. —, 3940. —, 3945. —, 3950. —, 3955. —, 3960. —, 3965. —, 3970. —, 3975. —, 3980. —, 3985. —, 3990. —, 3995. —, 4000. —, 4005. —, 4010. —, 4015. —, 4020. —, 4025. —, 4030. —, 4035. —, 4040. —, 4045. —, 4050. —, 4055. —, 4060. —, 4065. —, 4070. —, 4075. —, 4080. —, 4085. —, 4090. —, 4095. —, 4100. —, 4105. —, 4110. —, 4115. —, 4120. —, 4125. —, 4130. —, 4135. —, 4140. —, 4145. —, 4150. —, 4155. —, 4160. —, 4165. —, 4170. —, 4175. —, 4180. —, 4185. —, 4190. —, 4195. —, 4200. —, 4205. —, 4210. —, 4215. —, 4220. —, 4225. —, 4230. —, 4235. —, 4240. —, 4245. —, 4250. —, 4255. —, 4260. —, 4265. —, 4270. —, 4275. —, 4280. —, 4285. —, 4290. —, 4295. —, 4300. —, 4305. —, 4310. —, 4315. —, 4320. —, 4325. —, 4330. —, 4335. —, 4340. —, 4345. —, 4350. —, 4355. —, 4360. —, 4365. —, 4370. —, 4375. —, 4380. —, 4385. —, 4390. —, 4395. —, 4400. —, 4405. —, 4410. —, 4415. —, 4420. —, 4425. —, 4430. —, 4435. —, 4440. —, 4445. —, 4450. —, 4455. —, 4460. —, 4465. —, 4470. —, 4475. —, 4480. —, 4485. —, 4490. —, 4495. —, 4500. —, 4505. —, 4510. —, 4515. —, 4520. —, 4525. —, 4530. —, 4535. —, 4540. —, 4545. —, 4550. —, 4555. —, 4560. —, 4565. —, 4570. —, 4575. —, 4580. —, 4585. —, 4590. —, 4595. —, 4600. —, 4605. —, 4610. —, 4615. —, 4620. —, 4625. —, 4630. —, 4635. —, 4640. —, 4645. —, 4650. —, 4655. —, 4660. —, 4665. —, 4670. —, 4675. —, 4680. —, 4685. —, 4690. —, 4695. —, 4700. —, 4705. —, 4710. —, 4715. —, 4720. —, 4725. —, 4730. —, 4735. —, 4740. —, 4745. —, 4750. —, 4755. —, 4760. —, 4765. —, 4770. —, 4775. —, 4780. —, 4785. —, 4790. —, 4795. —, 4800. —, 4805. —, 4810. —, 4815. —, 4820. —, 4825. —, 4830. —, 4835. —, 4840. —, 4845. —, 4850. —, 4855. —, 4860. —, 4865. —, 4870. —, 4875. —, 4880. —, 4885. —, 4890. —, 4895. —, 4900. —, 4905. —, 4910. —, 4915. —, 4920. —, 4925. —, 4930. —, 4935. —, 4940. —, 4945. —, 4950. —, 4955. —, 4960. —, 4965. —, 4970. —, 4975. —, 4980. —, 4985. —, 4990. —, 4995. —, 5000. —, 5005. —, 5010. —, 5015. —, 5020. —, 5025. —, 5030. —, 5035. —, 5040. —, 5045. —, 5050. —, 5055. —, 5060. —, 5065. —, 5070. —, 5075. —, 5080. —, 5085. —, 5090. —, 5095. —, 5100. —, 5105.